

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 5/2017



Der kriminalisierte Bürger

Organraub in China

Erinnerungskultur kein Nischenthema

Inhalt

Aktuell

- 3 Karl Wilhelm Fricke ausgezeichnet
Dopingopfer-Hilfegesetz verlängert
Denkmalbau beschlossen
„kommunismusgeschichte.de“

Recht

- 4 Der kriminalisierte Bürger

International

- 5 Die Welt schaut bei Organraub zu
Keine Zurückweisung von Flüchtlingen

Interview

- 6 Erinnerungskultur kein Nischenthema
7 „Hier ist nichts anderes als die blanke Verzweiflung“
8 Aufbau der Gesundheit vorangetrieben

Dokumentiert

- 9 Begutachtung
10 Kombinat der Sonderheime

Berichte

- 11 Neuwahlen in Bautzen
Deutsch-polnische Begegnungen
12 „Kleiner Kämpferlöwe“ für neues Polizeirevier
Erinnern und Zeichen setzen
13 Ein Dach für die Opposition
14 Schülerprojekt „Verfassungskoffer“
„Wir müssen schreien, sonst hört man uns nicht!“

Verbände

- 15 Mauerfall-Denkmal
Gedenken in Malchow
Ergänzung
„Mauern. Gitter. Stacheldraht“
Berichtigung
16 Suchanzeigen

Service/Bücher

- 17 Zwischen allen Fronten
Buchtip
18 Grenzerfahrungen
19 Sorben in der Diktatur

Service/Veranstaltungen

- 18–19

Umschlagbild

Am 17. Mai 2017 wurde an der Erlöserkirche in Berlin-Rummelsburg eine Gedenktafel eingeweiht, die an die außergewöhnliche Bedeutung der Kirche in der Geschichte der oppositionellen Bewegung der DDR erinnert (s. Bericht S. 13).

Foto: Carola Schulze

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Noch einmal: Brauchen wir ein Mahnmal für die Opfer des Kommunismus? – Um es vorwegzunehmen, eindeutig, ja!

Mit der Herstellung der Einheit Deutschlands, dem Einigungsvertrag und vielen nachfolgenden Gesetzen und Verordnungen konnte vielen Opfern der SED geholfen werden, das erlittene SED-Unrecht „wieder gutzumachen“, jedenfalls soweit ein Gesetz das regeln kann.

Wir, als Teil der großen betroffenen Gemeinschaft wissen, daß längst nicht allen und jedem tatsächlich Gerechtigkeit zuteil geworden ist. Sicherlich kann man Verständnis dafür haben, daß der Einigungsvertrag und nachfolgende Gesetze und Verordnungen nicht jeden Einzelfall abschließend regeln konnten. Es bleibt aber dabei, daß wegen der aus heutiger Sicht fast unvorstellbaren Durchdringung aller Lebensbereiche durch die SED-Diktatur viele objektive und subjektive Probleme der SED-Opfer noch nicht gelöst sind. Vermutlich wird dies auch nie zu einhundert Prozent der Fall sein.

Vielen Opfern der SED-Diktatur geht es auch nicht nur um strafrechtliche, berufliche oder verwaltungsrechtliche Rehabilitierung, um Anerkennung ihrer Gesundheitsschäden oder finanzielle Wiedergutmachung. Alle diese Menschen sind in ihrer Würde, und die ist immerhin vom Grundgesetz geschützt, verletzt worden. Auch wissen wir als ehemalige unfreiwillige Bürger der DDR, daß nicht nur SED und Stasi ihren Anteil an der Herabwürdigung von unbescholtenen Bürgern hatten. Wie viele Kinder von Ausreisewilligen wur-

den in der Schulklasse ausgegrenzt, bis hin zum Hinweis von Lehrern: „Du mußt dich gar nicht mehr melden.“ Wie viele Ausreisewillige mußten sich im Kollektiv der Brigade verantworten, warum sie die sozialistische DDR verlassen wollen. Viele weitere Beispiele wären zu nennen.

Mir geht es nicht darum, anderen ehemaligen DDR-Bürgern nachträglich ein schlechtes Gewissen zu machen, weil sie aktiv oder schweigend an dem ganzen Theater mitgewirkt haben. Aber öffentlich daran zu erinnern, daß es in allen Lebensbereichen Unrecht, Duldung und Schweigen gegeben hat, das scheint doch sinnvoll zu sein. Am 3. Oktober, am Tag der Deutschen Einheit, werden wir uns alle wieder freuen, daß dieser Spuk der SED-DDR vorbei ist. Aber das Mahnmal für die Opfer des Kommunismus soll auch „den Finger heben“ und mahnen, daß es da etwas gegeben hat, was nicht vergessen werden darf.

Ebenso ist ein solches Mahnmal ein Anlaufpunkt für diejenigen, die sich nicht nur in ihren Rechten, sondern auch in ihrer Würde verletzt fühlen. Sie können an einem solchen Mahnmal ein wenig Genugtuung erfahren, daß sie eben nicht vergessen sind, sondern, daß ihres persönlichen Unrechts in dieser Art gedacht wird. Darum ist ein Mahnmal für die Opfer des Kommunismus wichtig.

Ihr Dieter Dombrowski

Karl Wilhelm Fricke ausgezeichnet

(bsa) Der Journalist und Publizist Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke ist am 15. Juni für sein Lebenswerk mit dem Aufarbeitungspreis der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ausgezeichnet worden, der 2017 das erste Mal verliehen wurde. „Wie kaum ein anderer hat sich Karl Wilhelm Fricke vor und nach 1989 mit der Repression in der DDR auseinandergesetzt. Seine sachlichen und faktenreichen Analysen als Autor und jahrelanger Redakteur des Deutschlandfunks sind bis heute von herausragender wissenschaftlicher Bedeutung“, erklärte die Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung, Anna Kaminsky.

Karl Wilhelm Fricke zählt außerdem zu den bekanntesten Entführungsoffizieren des Kalten Krieges. Weil seine Veröffentlichungen über Verfolgung und Repression in der DDR den kommunistischen Machthabern gefährlich wurden, stellte ihm die Staatssicherheit am 1. April 1955 in

West-Berlin eine Falle und verschleppte ihn in die DDR. In einem Geheimprozeß wurde Fricke zu vier Jahren Haft verurteilt, die er in Einzelhaft verbüßen mußte.

Ermöglicht wurde der Aufarbeitungspreis durch eine Spende des Publizisten und ehemaligen Fluchthelfers Dr. Burkhard Veigel an die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Der Preis würdigt das herausragende Engagement für Freiheit, Demokratie und Zivilcourage im vereinten Deutschland und in Europa.

Mit der Wahl des Datums der Preisverleihung erinnerte die Bundesstiftung Aufarbeitung zugleich an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR, als über eine Million Menschen ihren Protest gegen die kommunistische Herrschaft in der gesamten DDR auf die Straße trugen und das Ende der SED-Herrschaft, freie Wahlen und die Einheit Deutschlands forderten.

„kommunismusgeschichte.de“

(bsa) Unter kommunismusgeschichte.de präsentiert die Bundesstiftung Aufarbeitung ab sofort umfangreiche Informationen und Materialien zur Kommunismusgeschichte. Die Wissensplattform wird mittelfristig alle Ausgaben des Jahrbuchs für Historische Kommunismusforschung (JHK) als E-Book zugänglich machen. Zum Start der Webseite sind dort nicht nur die Jahrgänge 2005 bis 2015 der wichtigsten deutschsprachigen Jahresschrift zur Kommunismusgeschichte durchsuchbar. Gleiches gilt für über 5000 Biographien der deutschen Kommunismus- und DDR-Geschichte sowie der wichtigsten Persönlichkeiten, die im Ostblock in Opposition zu den kommunistischen Diktaturen standen und deren Biographien für die neue Webseite der Stiftung www.dissidenten.eu erarbeitet worden sind. In derzeit rund 70 Podcasts können Diskussionen und Vorträge zur Kommunismusgeschichte nachgehört werden. Namhafte Historiker geben auf der Webseite individuelle Leseempfehlungen. Darüber hinaus weist kommunismusgeschichte.de den Weg zu einschlägigen Forschungseinrichtungen, Bibliotheken, Archiven, Museen sowie Gedenkstätten. Sie verzeichnet Bildungsmaterialien sowie Hinweise auf Spiel- und Dokumentarfilme. Der Bereich „Aktuelles“ informiert über Veranstaltungen sowie Konferenzen und verlinkt auf aktuelle Medienberichterstattung zum Thema.

Dopingopfer-Hilfegesetz verlängert

(dlf) DDR-Dopingopfer in Deutschland dürfen weiter auf finanzielle Unterstützung hoffen. Die Antragsfrist des auslaufenden Dopingopfer-Hilfegesetzes wurde bis zum Ende des Jahres 2018 verlängert. Ines Geipel, Vorsitzende des Doping-Opfer-Hilfevereins, begrüßte die Entscheidung des Parlaments. Die verlängerte Frist helfe enorm, um die vielen Anträge auf Hilfe aufzuarbeiten.

Durch das Gesetz, das im Vorjahr verabschiedet wurde, erhalten offiziell anerkannte Dopingopfer des DDR-Sports einmalig 10 500 Euro aus einem bereitgestellten Hilfsfonds von über 10,5 Millionen Euro. Für die Anerkennung müssen die Opfer mit Hilfe medizinischer Gutachten beweisen, daß ihre Schädigungen vor allem durch den DDR-Sport verursacht wurden.

Denkmalbau beschlossen

(dg) Der Bundestag hat in der Nacht zum 2. Juni mit großer Mehrheit den Bau des Freiheits- und Einheitsdenkmals beschlossen. Bis zum 30. Jahrestag des Mauerfalls im Herbst 2019 soll auf dem Sockel des früheren Kaiser-Wilhelm-Nationaldenkmals vor dem einstigen Berliner Schloß eine große begehbare Waage entstehen, die an die Friedliche Revolution von 1989 erinnert. Nach dem Siegerentwurf „Bürger in Bewegung“ soll im Denkmal die große Kraft, die gemeinsames Handeln entfalten kann, symbolisieren. Die Menschen müßten sich verständigen und gemeinsam agieren, um etwas zu bewegen.

UOKG-Bundesvorsitzender Dieter Dombrowski begrüßte, daß der Bundestag in Sachen Einheitsdenkmal für Klarheit gesorgt hat. Er mahnte jedoch, sich bei der

Bewältigung der Folgen der SED-Diktatur nicht nur auf die Errichtung von Denkmälern zu beschränken.

Die Menschen, die in besonderer Weise unter der SED-Diktatur gelitten hätten, gewannen zunehmend den Eindruck, daß ihr individuelles Schicksal, einschließlich gesundheitlicher und wirtschaftlicher Probleme als Folge von Haft, Zwangsarbeit und Enteignung sowie die ungerechte Behandlung im Rentenrecht, nicht mehr zur Kenntnis genommen werde.

Die Freude über die Wiederherstellung der deutschen Einheit sei unter den Verfolgten der SED-Diktatur größer als in anderen Bevölkerungsgruppen, aber diese Freude dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, daß SED-Verfolgte vielfach in unverschuldeter Not lebten.

Das Angebot richtet sich an Studierende, Wissenschaftler, Mittler der historischen Bildung, Lehrer und Journalisten, die mit kommunismusgeschichte.de erstmals ein breites Informations- und Rechercheangebot zum Thema unter einer zentralen Adresse erhalten. Die Seite wird in Zukunft kontinuierlich erweitert und ausgebaut.

„Die Bernauer Straße nach dem Mauerbau“

Unter diesem Titel bietet das Dokumentationszentrum Berliner Mauer jeden Sonntag um 15.00 Uhr eine öffentliche Führung an. Die Führung dauert ca. eine Stunde und kostet drei Euro pro Person. Treffpunkt im neuen Besucherzentrum, Bernauer Str. 119/Ecke Gartenstraße (direkt gegenüber dem S-Bahnhof Nordbahnhof), 13355 Berlin

Der kriminalisierte Bürger

Rehabilitierungsvoraussetzungen bei Paragraph 249

Der § 249 des Strafgesetzbuches der DDR (StGB-DDR) stand unter dem Titel „Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch asoziales Verhalten“. Im Volksmund besser als der „Assi-Paragraph“ bekannt.

Demnach galt: Wer das gesellschaftliche Zusammenleben der Bürger oder die öffentliche Ordnung dadurch gefährdet, daß er sich aus Arbeitsscheu einer geregelten Arbeit hartnäckig entzieht, obwohl er arbeitsfähig ist, oder wer der Prostitution nachgeht oder wer sich auf andere unlautere Weise Mittel zum Unterhalt verschafft, wird mit Verurteilung auf Bewährung oder mit Haftstrafe, Arbeits-erziehung oder mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren bestraft. Zusätzlich kann auf Aufenthaltsbeschränkung und auf staatliche Kontroll- und Erziehungsaufsicht erkannt werden.

Vorschau

(wm)Die nächste Demonstration gegen Rentenunrecht ist für **Mittwoch, den 13. September 2017**, in Berlin geplant.

Allgemein bekannt ist, daß dieser Paragraph gerne als Instrument genutzt wurde, um die Bürger zu kriminalisieren. Zahlreiche politische Gegner wurden unter diesem Vorwand aus dem Verkehr gezogen und nicht selten zu hohen Haftstrafen verurteilt, denn bei „Wiederholungstätern“ konnte ein Strafmaß von bis zu fünf Jahren ausgesprochen werden (vgl. § 249 Abs. 3 StGB-DDR).

Bei der Schaffung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) wurde der § 249 StGB-DDR zum Unmut vieler Betroffener nicht in den Regelkatalog des § 1 Abs. 1 StrRehaG aufgenommen.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Nichtannahmebeschluß vom 13. Februar 2000 (2 BvR 2707/93) dazu ausgeführt, daß es verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden sei, daß der Gesetzgeber den Straftatbestand des § 249 StGB-DDR nicht in den Regelkatalog des § 1 Abs. 1 Nr. 1 StrRehaG aufgenommen hat. Es sei weder dargelegt noch ersichtlich, daß Verurteilungen der DDR-Gerichte nach dieser Norm in der Regel die in der Völkerrechtsgemeinschaft anerkannten Menschenrechte in schwerwiegender Weise mißachtet hätten. Ebenso wenig sei dargelegt oder ersichtlich, daß Ver-

urteilungen nach § 249 StGB-DDR in der Regel mit den in § 1 Abs. 1 Nr. 1 StrRehaG genannten Fällen vergleichbar wären und deshalb nach dem Gleichheitssatz in den Regelkatalog hätten aufgenommen werden müssen.

Dies hat jedoch keineswegs zur Folge, daß Verurteilungen gemäß § 249 StGB-DDR nicht rehabilitierungsfähig sind. Ganz im Gegenteil, Verurteilungen gemäß § 249 StGB-DDR geben in besonderem Maße Anlaß zur Prüfung des genauen Hintergrunds.

Beruhet die Verurteilung allein auf bloßer Nichtarbeit, ohne daß der Betroffene sonst Straftaten begangen hatte oder aber der Allgemeinheit oder Dritten zur Last gefallen war, ist diese Verurteilung zu rehabilitieren. Denn eine solche Verurteilung verstößt gegen das Verbot der Zwangsarbeit gemäß Art. 4 Menschenrechtskonvention und gegen das aus Art. 12 Abs. 1 Grundgesetz folgende negative Freiheitsrecht, einen Beruf nur in selbst gewolltem Umfang auszuüben, und ist daher als mit wesentlichen rechtsstaatlichen Grundsätzen unvereinbar anzusehen (OLG Brandenburg 2 Ws (Reha)14/05).

Eine Rehabilitierung kann nur dann versagt werden, wenn die festgestellte Gefährdung des „gesellschaftlichen Zusammenlebens der Bürger“ oder der „öffentlichen Ordnung“ eine Intensität erreicht hatte, bei der eine strafrechtliche Ahndung unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit noch rechtsstaatlich tragbar ist (OLG Brandenburg 1 Ws (Reha) 36/98).

Dies wird insbesondere in den Fällen angenommen, in denen der Betroffene Unterhaltsverletzungen begangen hatte. Aber auch bei Verletzung der allgemeinen Verpflichtungen, wie die Wohnungsmiete, Energiekosten und vergleichbare Verbindlichkeiten zu begleichen, kann eine Rehabilitierung verwehrt werden.

Sollten die Schulden aber als Folge einer rechtsstaatswidrigen Maßnahme entstanden sein, gilt dies dementsprechend nicht (OLG Naumburg 2 Ws (Reh) 23/14). In dem besagten Fall waren dem Betroffenen Ordnungsgelder auferlegt worden, weil er die ihm zugewiesene Arbeit nicht aufgenommen hatte.

Letztlich kann die Entscheidung auch noch dann tragbar sein, wenn die Unterstützung des „Arbeitsscheuen“ durch Familienangehörige oder andere Personen nicht freiwillig geschah (OLG Brandenburg 2 Ws (Reha)14/05). Man wird aber grundsätzlich davon ausgehen können, daß im Familien- und Freundeskreis etwaige Zuwendungen zu deren Kernbereich gehören und daher grundsätzlich freiwillig geschahen.

Auch wenn der Betroffene während der verfahrensgegenständlichen Zeitspanne ausschließlich von eigenen Mitteln lebte und er niemandem etwas schuldig blieb, ist eine strafrechtliche Ahndung der Arbeitsverweigerung rechtsstaatlich nicht mehr tragbar. So war es auch in der DDR durchaus möglich, sich in bestimmten Nischen mit Gelegenheitsarbeiten über Wasser zu halten.

Sollte die Verurteilung gemäß § 249 StGB-DDR mit einer der oben geschilderten Verfehlungen verbunden gewesen sein und damit nicht schlechthin rechtsstaatswidrig, kann aber durchaus zumindest eine Teilrehabilitierung ausgesprochen werden. Voraussetzung ist, daß die angeordneten Rechtsfolgen gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 2 StrRehaG in grobem Mißverhältnis zu der zugrunde liegenden Tat standen. So wurde eine Betroffene aufgrund von wiederholter Erfüllung von § 249 StGB-DDR für über drei Jahre inhaftiert. Da Grundlage des Urteils auch Rückstände von Unterhalts- und Mietzahlungen waren, hat die Rehabilitierungskammer entschieden, die Betroffene soweit zu rehabilitieren, als die Strafe länger als neun Monate andauerte. Die Kammer hielt eine Freiheitsstrafe von neun Monaten für mit rechtsstaatlichen Grundsätzen noch vereinbar.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß Verurteilungen nach § 249 StGB-DDR richtigerweise nicht allgemein rechtsstaatswidrig waren. Wenn sie allerdings allein aufgrund von Arbeitsverweigerung zustande kamen, sind die Betroffenen zu rehabilitieren. Aber auch darüber hinaus kann es sich für die Betroffenen durchaus lohnen, einen Rehabilitierungsantrag in Angriff zu nehmen.

Benjamin Baumgart, Ass. jur.

Die Welt schaut bei Organraub zu

Transplantationen in China mit unklarer Organherkunft

(igfm) „Der Mangel an legalen Spenderorganen kostet in China wahrscheinlich Zehntausende Menschen jährlich das Leben. Nach allem was heute bekannt ist, muß angenommen werden, daß in der Volksrepublik neben zum Tode verurteilten Straftätern insbesondere Gefangene aus Gewissensgründen in großer Anzahl getötet werden, nur um ihre Organe verkaufen zu können. Die Opfer sind vermutlich in Arbeitslagern und Gefängnissen gefangengehaltene Uiguren, Tibeter, Mitglieder von christlichen Hauskirchen, aber in erster Linie Anhänger der Meditationsschule Falun Gong“, erklärte Hubert Körper, Vorstandsmitglied und China-Experte der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM).

Er gehe davon aus, daß dieser staatlich sanktionierte Organraub in China zum einen durch Machtgier und Profitdenken, zum anderen aber durch den eklatanten Mangel an Organspendern möglich sei. Die Nachfrage verzweifelter und kaufkräftiger Patienten habe in China die dortigen „Abgründe der Transplantationsmedizin“ erst möglich gemacht. „Deshalb kann jeder, der heute Organspender wird, dadurch nicht nur das Leben kranker Menschen retten, sondern womöglich auch das Leben von Gewissensgefangenen, die wegen ihrer Organe in der Volksrepublik China getötet werden“, so die IGFM weiter.

Die chinesische Regierung habe nach Angaben der IGFM über Jahre lediglich Versprechen und Absichtserklärungen geliefert. Sehr viele Indizien sprächen aber nach wie vor für schwerste Mißstände. Gleichzeitig verweigern die chinesischen

Behörden jede Transparenz, so daß befürchtet werden müsse, daß politische Gefangene weiterhin in großem Ausmaß „auf Bestellung“ getötet würden.

Die Volksrepublik China ist nach den USA weltweit das Land mit den meisten Organtransplantationen pro Jahr. Die Wartezeiten auf Spenderorgane seien grotesk kurz, und die bisherigen Erklärungsversuche chinesischer Stellen über die Herkunft der Organe völlig unplausibel. Es gebe in China kulturell bedingt eine Aversion gegen Organspenden und kaum freiwillige Spender. Zudem fehle ein effektives Datenbank- und Verteilsystem wie es z.B. in Europa existiere. Bei behaupteten Reformen verweigerten die chinesischen Stellen nach wie vor Informationen und jede Überprüfung.

Entschliefungen

Erst am 13. Juni 2016 verurteilte das US-Repräsentantenhaus in einer Resolution die Praxis der staatlich unterstützten, erzwungenen Organentnahme und die Verfolgung der Meditationsschule Falun Gong in China. Gleichzeitig forderten die US-Abgeordneten Transparenz und eine unabhängige Untersuchung des Transplantationsmißbrauchs in der Volksrepublik.

Zuvor hatte bereits das Europäische Parlament am 12. Dezember 2013 in einer wegweisenden Entschließung die Transplantationspraxis in China verurteilt und die EU und ihre Mitgliedstaaten aufgefordert, „sich des Themas der Organentnahmen in China anzunehmen“ sowie empfohlen, „den Mißbrauch bei Organ-

transplantationen in China öffentlich zu verurteilen“.

Forderungen der IGFM

Die IGFM fordert aus diesem Grund ein rasches Handeln der internationalen Staatengemeinschaft. Notwendig sei eine internationale Untersuchungskommission, um die Herkunft Zehntausender Spenderorgane und die mutmaßliche Ermordung Tausender politischer Gefangener zu klären. Außerdem fordert die IGFM die Beendigung der Zusammenarbeit von deutschen mit chinesischen Forschungs- und Transplantationszentren, insbesondere die Ausbildung chinesischer Transplanteure in Deutschland. Westliche Pharmaunternehmen dürften keine Immunsuppressiva mehr nach China liefern, ohne die Sicherheit zu haben, daß die in der VR China transplantierten Organe ausschließlich von freiwilligen Spendern stammen.

Darüber hinaus dürfe es keine Kostenübernahme durch deutsche und europäische Krankenversicherungen im Zusammenhang mit Transplantationen in der Volksrepublik China geben. Ebenso wichtig seien gesetzliche Regelungen, die verhindern, daß deutsche und europäische Patienten am „Transplantationstourismus“ in die Volksrepublik China teilnehmen. Vom Deutschen Bundestag und der deutschen Bundesregierung erwartet die IGFM eine klare und unmißverständliche öffentliche Verurteilung dieser Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Es sei eine Frage der Würde und des Mutes, angesichts solcher Menschenrechtsverbrechen nicht mehr länger zu schweigen. 

Keine Zurückweisung von Flüchtlingen

Zwischen der „Demokratischen Volksrepublik Korea“ und der Volksrepublik China besteht seit etlichen Jahren ein Abkommen, wonach letztere die auf ihrem Territorium aufgegriffenen Flüchtlinge aus Nord-Korea wieder Pjöngjang ausliefert. Dort verbrachte man sie bestenfalls für zwölf Jahre in ein Arbeitslager, in dem nach internationalen Untersuchungen die meisten Häftlinge umkamen. In schweren Fällen, darunter

fielen durchweg Funktionsträger des Regimes, wurden die Geflohenen vor der dazu befohlenen örtlichen Bevölkerung öffentlich aufgehängt. Nach sowjetischem Vorbild führten nordkoreanische Behörden während der letzten Jahre nicht selten sogar Sippenhaft ein.

Seit Anfang Mai dieses Jahres nun schicken chinesische Grenzsoldaten Fliehende aus Nord-Korea nicht mehr in das

„Paradies Kim Jong-uns“ zurück. Sie werden ausführlich von Pekinger Stellen (wahrscheinlich von der dortigen Spionage) verhört. Ihr weiteres Schicksal ist bisher unbekannt.

Für Seoul ist das derzeitige Verhalten ein starkes Indiz dafür, daß Peking sich mehr und mehr von Pjöngjang absetzt.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Erinnerungskultur kein Nischenthema

Ein Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Marco Wanderwitz

Stacheldraht: Sie sind als kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch für den Bereich der Erinnerungskultur zuständig. Welche Bedeutung hat dieses Thema noch im Deutschen Bundestag?



Marco Wanderwitz:
„Das Mahnmal war, ist und bleibt unser Ziel.“

Wanderwitz: Die Arbeitsgruppe Kultur und Medien befaßt sich thematisch mit der Förderung national bedeutsamer Kunst und Kultur, der Filmförderung, der Medienpolitik und der Erinnerungskultur. Diese ist keinesfalls ein Nischenthema, das gilt bis auf die Linken auch fraktionsübergreifend. Ganz im Gegenteil, die Aufarbeitung unserer Geschichte bleibt für uns in der Unionsfraktion aus tiefer Überzeugung ein politisches Kernanliegen, das auch mit zeitlichem Abstand eher an Bedeutung gewinnt als verliert. Die meisten Bundestagsdebatten in meinem Zuständigkeitsbereich haben wir in der letzten Wahlperiode dazu geführt. Zugleich ist dieses Thema seit nunmehr über zehn Jahren auch ein politischer Schwerpunkt seitens der unionsgeführten Bundesregierung mit zunächst Staatsminister Bernd Neumann und nun Kulturstatsministerin Prof. Monika Grütters an der Spitze. Zu den drei größten Einrichtungen im Kulturhaushalt des Bundes gehört die Stasiunterlagenbehörde.

Stacheldraht: Aber wie befassen Sie sich im politischen Alltag mit dem Thema?

Wanderwitz: Sowohl innerhalb meiner Fraktion als auch im Kulturausschuß gibt es einen regelmäßigen Austausch z.B. in Form von Fachgesprächen, an denen

Institutionen aus der Aufarbeitungslandschaft teilnehmen. Wir bringen regelmäßig Initiativen in den Bundestag ein, wie kürzlich zum Freiheits- und Einheitsdenkmal, oder arbeiten für die Finanzierung von Projekten, wie z.B. jüngst bei der Dauerausstellung der Robert-Havemann-Gesellschaft. Auch mit der UOKG stehen wir in regelmäßigem Kontakt, Herr Dombrowski war seit seiner Amtsübernahme bereits zweimal bei uns in der Arbeitsgruppe zu Gast, um Anliegen an uns heranzutragen. Wir danken für diesen konstruktiven Austausch.

Stacheldraht: Welche Erfolge können Sie in der letzten Wahlperiode auf Seiten der Aufarbeitung der SED-Diktatur verbuchen?

Wanderwitz: Die Wiederwahl von Roland Jahn zum Stasiunterlagenbeauftragten war für uns zweifelsfrei die wichtigste politische Entscheidung auf diesem Feld in dieser Wahlperiode. Die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist für uns eine gesamtdeutsche Aufgabe mit internationaler Vorbildwirkung. Daher muß das Amt des Stasiunterlagenbeauftragten langfristig erhalten bleiben. Es bleibt unser Anspruch, bei möglichen zukünftigen Veränderungen der Behördenstruktur den Interessen und den Rechten der Opfer der SED-Diktatur Vorrang einzuräumen. Auf Initiative der CDU/CSU-Fraktion hat der Deutsche Bundestag gerade 30 Millionen Euro für einen neuen Forschungsverbund zum Thema SED-Unrecht bereitgestellt, um noch stärker als bisher die wesentliche Rolle der SED in der Diktatur zu fokussieren. Wir haben den DDR-Heimkinderfonds fortgeführt, die Stiftung Aufarbeitung finanziell gestärkt, die Gedenkstätte Jugendwerkhof Torgau und die Robert-Havemann-Gesellschaft in die dauerhafte Bundesförderung übernommen und die Mittel für die pädagogische Gedenkstättenarbeit erhöht.

Stacheldraht: Und was bleibt noch zu tun?

Wanderwitz: Die CDU/CSU-Fraktion setzt sich weiterhin intensiv für die Verlängerung der Überprüfungsmöglichkeiten über 2019 hinaus und für die Entfristung der Rehabilitierungsgesetze ein.

Insbesondere Letzteres wollten wir noch in dieser Wahlperiode erreichen – bisher hängt es noch an der fehlenden Zustimmung der SPD. Wir werden aber sicher nicht ablassen. Das Thema Zwangsadoption muß noch stärker in den Fokus. Und natürlich forcieren wir die Umsetzung eines Mahnmals für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft in Deutschland, welches wir in dieser Wahlperiode voranbringen aber leider noch nicht abschließen konnten.

Stacheldraht: Ihre Kollegen aus der SPD-Fraktion haben öffentlich postuliert, eine Initiative für das Mahnmal sei an CDU/CSU gescheitert.

Wanderwitz: Diese Darstellung ist falsch, unlauteres Wahlkampfgetöse auf dem Rücken der Opfer. Die Initiative für das Mahnmal wurde bereits in der letzten Wahlperiode von uns aufgegriffen, der UOKG Projektmittel für eine Konzeption bereitgestellt. Auf Initiative meiner Fraktion hin gab es dann 2012 einen ersten Prüfauftrag im Bericht der Bundesregierung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. In dieser Wahlperiode haben wir das Thema weiter intensiv begleitet, zuletzt im Februar im Kulturausschuß. Alle Experten haben sich dabei dafür ausgesprochen. Das Mahnmal war, ist und bleibt unser Ziel.

Stacheldraht: Ein Wort zum Schluß?

Wanderwitz: Insgesamt haben wir mit wechselnden Mehrheitsverhältnissen im Bundestag schon viel, wenngleich nicht alles Notwendige erreichen können. Ich kann die bleibende Enttäuschung bei den Opfern, daß die meisten Verantwortlichen für Schießbefehl, Inhaftierung und Willkür nicht oder nur ungenügend zur Rechenschaft gezogen wurden, sehr gut verstehen. Es ist juristisch aber leider nicht besser aufzulösen. Um so stärker muß die Aufarbeitung der SED-Diktatur im politischen und gesellschaftlichen Fokus bleiben. Ich selber gehöre ja gerade noch so zur Augenzeugengeneration, aber auch die uns nachfolgenden Generationen müssen den Wert von Freiheit und Demokratie zu schätzen wissen.

(Das Interview führte
Joshua Acheampong)

„Hier ist nichts anderes als die blanke Verzweiflung“

Ein Gespräch mit Ines Geipel, Vorsitzende der Dopingopferhilfe e.V.

Stacheldraht: Frau Geipel, Sie waren Spitzensportlerin in der ehemaligen DDR, Sie haben zusammen mit drei anderen Frauen 1984 einen Weltrekord mit der 4-mal-100-Meter-Staffel in der Leichtathletik aufgestellt. Sie haben nach dem Mauerfall diesen Weltrekord aus der Bestenliste streichen lassen. Was war Ihre Intention, diese Streichung vornehmen zu lassen?

Geipel: Im Jahr 2000 war ich Nebenklägerin des großen Berliner Dopingprozesses. Angeklagt waren Manfred Ewald, ehemaliger Sportminister der DDR, und Manfred Höppner, der medizinische Kopf des DDR-Staatsdopings. Beide wurden wegen vorsätzlicher Körperverletzung verurteilt, und der Bundesgerichtshof erkannte das Ganze nach Ewalds Revision als mittelschwere Kriminalität an. Insofern fand ich es folgerichtig, die größtmögliche Distanz dazu zu bekommen und wollte meinen Namen in einem solchen Rekord gestrichen haben.

Stacheldraht: Ab wann war Ihnen denn bewußt, daß Sie gedopt wurden als junge Sportlerin? Oder ist Ihnen das erst bewußt geworden, als es nach dem Mauerfall offensichtlich wurde?

Geipel: Ich bin sehr spät zum Sport gekommen, mit 17 Jahren erst. Ich kam aus einem Internat im Thüringer Wald, war mit 14 Jahren von zu Hause rausgefliegen. Meine Eltern waren beinharte Kommunisten. Wie sich erst 2004 herausstellte, war mein Vater Westagent für die Stasi in der Hauptabteilung IV. Der wollte die Tochter natürlich nicht zu Hause haben. Deshalb das Internat. Ich fing dort an zu laufen, um die inneren Knoten loszuwerden, die schreckliche Gewalt in der Familie, und landete beim Sport, völlig nichtsahnend. Ich kam nicht aus dem System. In meiner medizinischen Akte habe ich später gelesen, daß sie sofort, als ich kam, mit der Chemie begonnen haben. Es gab diese Kultur der Tablette im DDR-Sport, die etwas Selbstverständliches hatte. Und sicher ist das immer auch eine Mischung aus eigenem Ehrgeiz und Nullinformation, aus Zwang und sich selbst zwingen. Eine Jugendliche weiß, daß sie eine Tablette nimmt, aber sie wußte in der DDR nicht, was darin ist, was sie bewirkt. Wirklich aktives Wissen war erst mit dem Berliner Prozeß im Jahr 2000 möglich. Es ist historische Wahrheit, daß

wir ab 1974 von einem Zwangsdopingsystem sprechen.

Stacheldraht: Das Zwangsdopingsystem ab 1974 nannte sich „Staatsplan 14.25“. Ab Anfang der 70er Jahre wurden über 15 000 Sportler flächendeckend zwangsgedopt. Sie sind Vorsitzende der Dopingopferhilfe in Deutschland. Was wissen sie über diesen „Staatsplan 14.25“?

Geipel: Dieser Staatsplan war Regierungswollen, abgenickt von Honecker und nichts anderes als die pure Politgier. Denn die DDR war ja 1974 bereits international anerkannt. Also, wozu das? Ich habe es in meinem Buch „Verlorene Spiele“ erzählt, daß die Forscher, Trainer und Funktionäre als Kriegskinder den verlorenen Krieg ihrer Väter letztlich zumindest im Sport nachholen und nun um jeden Preis gewinnen mußten und zwar mit Mädchen und jungen Frauen. Die Mittel, um die es in diesem Staatsplan ging, waren vor allem männliche Sexualhormone. Es ging also ums Männermachen in einem Sportkrieg, mit einem zivilen weiblichen Heer. Der DDR-Sport hatte drei Kaderkreise, angefangen von Acht- oder Neunjährigen im Schwimmen, Turnen, in der rhythmischen Sportgymnastik bis in die Nationalmannschaften. Für eine Goldmedaille bei Olympia wurden hundert Kinder verschlissen und ungeheurer Gewalt ausgesetzt. Und das ist das, was uns heute aufgrund der schweren Schäden sehr beschäftigt: Wenn ein Staat wie die DDR ein solches Staatsdoping politisch legitimiert, gestattet er letztlich einen gesetzlosen Raum. Dann ist unter dieser Legitimationsdecke praktisch alles erlaubt: der Sadismus der Trainer, Gewalt, sexueller Mißbrauch, der totale Zugriff der Stasi und eben die ganze Chemie bis hin zu zahllosen kriminellen Menschenversuchen an Kindern und Jugendlichen. Ja, es gab viele Profiteure dieses Systems, viele DDR-Stars, die noch heute schweigen dazu, aber es gab auch viele, zu viele Opfer. Der DDR-Sport war ein politisch inszeniertes Verbrechen.

Stacheldraht: Sie sprechen damit ganz klar den politischen Charakter der internationalen sportlichen Auseinandersetzung damals an. Die kleine DDR hat sich als Land der Spitzensportler verkauft, als geachtete Nation, gerade, was den Sport anging. Es wurden jede Menge Weltrekorde erzielt und olympische Medaillen errungen, es war eigentlich kaum zu glauben, was da

passierte. Das Ganze wurde begründet mit dem siegreichen und überlegenen System, nämlich dem Sozialismus. Das ist so die Fabel, die erzählt wurde.

Geipel: Der innere Schlüssel ist bekanntermaßen die Lüge. Hören Sie sich Täve Schur und all die Altstars an, wie sie vom gesunden DDR-Sport schwadronieren. Wir erleben aktuell die Sakralisierung der DDR, vor allem auch ihres Sports, weil man da ja so erfolgreich war. Das hat was Scheußliches, wie über die vielen Opfer hinweggelatscht werden muß, nur damit das Märchen Märchen bleiben kann. Das geht nicht und das werden wir auch nicht zulassen.

Stacheldraht: Bitte umreißen Sie einmal kurz, worin die Tätigkeit Ihres Vereins Dopingopferhilfe e.V. heute besteht.

Geipel: Die Dopingopferhilfe hat sich im Vorfeld des großen Berliner Dopingprozesses gegründet, von dem ich vorhin sprach. Das war 1999. Es ging im Kern um Information, Aufklärung und Unterstützung der Geschädigten. Das DDR-Staatsdoping lief geheim. Die Athleten sollten nichts erfahren. Das ist ernst zu nehmen und hängt unserer Arbeit noch immer nach. Es geht bei all der Chemie auch um Gedächtnisverlust, also heute für uns um den Versuch, mittels Wissen und Fakten die Lücken in den Lebensgeschichten der Betroffenen zu füllen. Es geht um unwahrscheinlich harte Lebensgeschichten, um multiple Systemschäden in einer Diktatur, um Abhängigkeitsstrukturen. Die körperlichen Schäden sind in weiten Teilen irreversibel und verheerend. Krebs, Organschäden, Hormonstoffwechselstörungen, Schäden in der zweiten Generation, Psyche – 70 Prozent der Betroffenen sind psychisch krank –, eine lange Todesliste. Es geht um juristische Gutachten, um professionelle Ärzte. An denen mangelt es aktuell am meisten. Und es geht noch im-



Foto: Tohma (talk)

Ines Geipel, 2004.





Ines Geipel: Verlorene Spiele. Journal eines Dopingprozesses, transit Verlag, Berlin 2001, 160 S.



Ines Geipel: No Limit. Wie viel Doping trägt die Gesellschaft, Klett-Cotta 2008, 182 S.



Ines Geipel: Seelenriss. Depression und Leistungsdruck, Klett-Cotta, 2010, 238 S.

mer um Aufklärung von Politik, von Sport und der Gesellschaft. Der Sport verweigert sich bislang total und wird von den belasteten Strukturen des Ostens ungemein bestimmt. Also das Aufgabenfeld ist schon vielfältig, aber im Kern geht es zuallererst um die einzelne Lebensgeschichte, um kaputte Seelen und Körper, um die Schattenkinder der DDR. Es ist nicht so einfach, bei denen Vertrauen aufzubauen. Da muß man ganz schön wach sein, um ernsthaft etwas zu auszurichten.

Stacheldraht: Sie betreuen rund 1000 Sportler, die Opfer von Staatsdoping geworden sind. Wie leben diese Menschen, die heutzutage mit den Folgeschäden klar kommen müssen?

Geipel: Vor einem Jahr kam eine Gruppe rhythmischer Sportgymnastinnen zu uns in die Beratungsstelle, Athletinnen, die bis in die 90er Jahre hinein aktiv waren. Die haben von sehr frühen Dopingvergaben

berichtet, von autoritären, brutalen Trainerinnen und Trainern, von Hunger, nein, von Hungerödemen. Die haben so gehungert, daß sie ganz früh zum Alkohol gegriffen haben, um den Hunger zu überlaufen und haben heute natürlich ein Riesenproblem mit Suchterkrankungen. Sie schildern, daß der jeweilige Trainer immer aufgepaßt hat, bis das Gebiß knackte, damit auch klar war, daß die Tabletten wirklich zerbissen sind. Sie schildern, wie sie sich an die Wand stellen mußten, wenn sie bestimmte Übungen nicht konnten, und der Trainer dermaßen zuschlug, daß sie davon Gehirnerschütterungen hatten. Sie schildern, daß der Trainer so geschrien hat, bis die Trommelfelle platzten. Solche Sachen eben. Und dann ist es doch klar, warum das dauert mit der Aufarbeitung, warum es schwer ist und zum Heulen, daß wir so wenig tun können. Hier kommt nicht jemand mal so vorbei und erzählt, wie schön der DDR-Sport war. Hier ist nichts anderes als die blanke Verzweiflung.

Stacheldraht: Frau Geipel, vielen Dank für das Gespräch.

(Das Interview führte Jörg Plath)

Ines Geipel ist Schriftstellerin und Professorin an der Berliner Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“. Sie hat vielfach zu gesellschaftlichen Themen wie Doping und Amok, aber auch zu Themen der Zeit nach 1989 publiziert.

2009 erschien ihr Buch „Zensiert, verschwiegen, vergessen“ über die Lebensbilder von zwölf zur Zeit der DDR verurteilten Autorinnen, von denen zwei unter den Haftbedingungen im Zuchthaus Hoheneck starben. 2015 erschien in Zusammenarbeit mit Joachim Walthers ihr Buch „Gesperrte Ablage. Unterdrückte Literaturgeschichte in Ostdeutschland 1945-1989“. Das Buch dokumentiert das „Archiv unterdrückter Literatur in der DDR“.

Aufbau der Gesundheit vorangetrieben

(aal) In der Debatte um seine mögliche Aufnahme in die „Hall of Fame“ der Deutschen Sporthilfe hat der frühere Radrennfahrer Gustav-Adolf Schur Doping in der DDR heruntergespielt. „Der DDR-Sport war nicht kriminell, sondern vorzüglich aufgebaut“, sagte Schur in einem Interview mit dem Neuen Deutschland. „Der Sport in der DDR war gut, weil er beispielhaft den Aufbau der Gesundheit vorantrieb und dabei auch noch international erfolgreich war.“

Auf die Frage nach nachgewiesenem Doping von Minderjährigen in der DDR erklärte der 86-Jährige, daß er diese Be-

richte kenne. „Das begann in den 60er Jahren, da ist im Westen schon ganz anderes gelaufen“, sagte Schur. „Nur so viel: Wir hatten in der DDR keine Doping-toten, anders als im Westen.“

Schur war unter den fünf vorgeschlagenen Kandidaten, die zwischen Sporthilfe, Deutschem Olympischen Sportbund und dem Verband Deutscher Sportjournalisten abgestimmt worden waren. Bereits 2011 war er unter den Anwärtern auf die „Hall of Fame“ gewesen, wurde aber von der damaligen Jury nicht berufen. Die mögliche Aufnahme Schurs ebenso wie die der ehemaligen Weitsprung-Olympiasiegerin

Heike Drechsler hatte Kritik hervorgerufen. Ines Geipel protestierte vor allem gegen die Aufnahme Schurs. Mit dieser würde „die Ehrenhalle implodieren“.

Schur hatte sich dagegen verteidigt. „Ich habe mich immer und überall anständig betragen, ich habe nicht gedopt und habe das auch erläutert“, sagte er.

Nach einem erneut öffentlich geführten harten Disput hat Schur auch 2017 die Aufnahme in die „Hall of Fame“ verpaßt. Heike Drechsler hingegen wurde trotz nachgewiesener Verstrickung in das DDR-Dopingsystem aufgenommen.

Begutachtung

Landtag Brandenburg – Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr. 2492 des Abgeordneten Dieter Domrowski der CDU-Fraktion, Drucksache 6/6081

Begutachtung von psychischen Folgeschäden nach politischer Haft und Verfolgung in der ehemaligen DDR

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkungen der Fragesteller:

Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg verweist in Anfragen und Gesprächen darauf, daß man sich im Land Brandenburg zur Begutachtung von psychischen Folgeschäden nach politischer Haft und Verfolgung in der ehemaligen DDR eines eng begrenzten Kreises von besonders erfahrenen Sachverständigen bediene. Die Auswahl erfolge auf der Grundlage einer vom Bundessozialministerium herausgegebenen und mit den Opferverbänden abgestimmten Liste von externen Einrichtungen und Gutachtern mit besonderen Kenntnissen und Erfahrungen. In einer schriftlichen Antwort des Bundessozialministeriums wurde jedoch kürzlich mitgeteilt, daß eine solche Expertenliste bisher nicht existiert und eine mögliche Auswahl/Empfehlung von Einrichtungen oder Gutachtern auch nicht in der Zuständigkeit des Bundes liegt.

Frage 1: Wie erklärt die Landesregierung die widersprüchlichen Aussagen des Sozialministeriums des Landes Brandenburg und des Bundessozialministeriums?

zu Frage 1: Die Landesministerien sowie die für die Durchführung des Sozialen Entschädigungsrechts zuständigen Landesbehörden führen regelmäßig gemeinsame Erfahrungsaustausche durch, die durch das Bundessozialministerium koordiniert werden. Gegenstand dieser Treffen war bereits vor 16 Jahren unter anderem auch der Austausch von Erfahrungen mit Gutachterinnen und Gutachtern in der Verwaltungspraxis bei der Begutachtung von psychischen Folgeschäden nach politischer Haft und Verfolgung in der DDR, in die auch Hinweise von Gedenkstätten eingeflossen waren (z.B. Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg für

die Opfer politischer Gewaltherrschaft 1945–1989). In diesem Zusammenhang hatte das Bundessozialministerium im Rahmen seiner Koordinierungsfunktion entsprechende Hinweise aus den Ländern gesammelt und diesen bzw. den zuständigen Behörden zur Information zur Verfügung gestellt. Die Informationen werden seitdem durch das zuständige Landesamt für Soziales und Versorgung in Cottbus in eigener Verantwortung vorgehalten, fortlaufend überprüft sowie auf den aktuellen Stand gebracht. Die vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg in diesem Zusammenhang herausgegebenen Informationen und Ausführungen beziehen sich auf diesen Geschehensablauf. Ein Widerspruch zu den Aussagen des Bundessozialministeriums wird insoweit nicht gesehen.

Frage 2: Verfügt die Landesregierung über eine Liste von Sachverständigen und welche Personen/Sachverständigen sind dort aufgeführt? (Bitte als detaillierte Anlage mit Namen beifügen.)

Frage 4: Mit welchen Opferverbänden wurde diese Liste beraten bzw. abgestimmt?

zu Frage 2 und Frage 4: Die Landesregierung verfügt über keine Liste von Sachverständigen. Das Landesamt für Soziales und Versorgung hält die Namen und Anschriften von Gutachterinnen und Gutachtern, die aus den Erfahrungen der Verwaltungspraxis heraus als geeignet für die Begutachtung von psychischen Folgeschäden nach politischer Haft und Verfolgung in der DDR angesehen werden, als Arbeitshilfe für die Sachbearbeitung bei der Sachverhaltsaufklärung gemäß § 20 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) vor. Siehe insoweit auch Antwort zu Frage 1. Eine Verpflichtung zur Abstimmung solcher Arbeitshilfen mit Dritten besteht nicht. Ungeachtet dessen führt das Landesamt für Soziales und Versorgung Brandenburg in diesem Zusammenhang noch einen Dialog mit der Beauftragten des Landes Brandenburg für die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur.

Frage 3: Welche besonderen Kenntnisse und Erfahrungen sind nach Auffassung der Landesregierung die Voraussetzung, um als Sachverständiger in diesen Fragen gelistet zu sein?

zu Frage 3: Das Landesamt für Soziales und Versorgung Brandenburg setzt im Rahmen der Sachverhaltsaufklärung bei der Begutachtung von psychischen Folgeschäden nach politischer Haft und Verfolgung in der DDR in der Regel erfahrene externe Sachverständige ein, die über einschlägige Erfahrungen auf diesem Gebiet verfügen. Sie sollen folgende Voraussetzungen erfüllen: eine abgeschlossene Facharzt-Ausbildung in den Fachbereichen Neurologie und Psychiatrie, Psychiatrie, Psychosomatische Medizin oder Psychotherapie oder eine Approbation als psychologische Psychotherapeutin oder psychologischer Psychotherapeut, eine nachgewiesene Fortbildung als Gutachterin oder Gutachter, klinische Erfahrung in Diagnostik und Therapie psychischer Traumafolgeschäden oder Erfahrungen als psychologische Psychotherapeutin bzw. psychologischer Psychotherapeut für Traumafolgestörungen, Rechtskenntnisse im sozialen Entschädigungsrecht, in der Versorgungsmedizin-Verordnung und den Versorgungsmedizinischen Grundsätzen und das erforderliche Wissen für die Erstellung von Gutachten. Das Landesamt für Soziales und Versorgung bietet ihnen die Teilnahme an Veranstaltungen zum Wissen über die Repressionsgeschichte der DDR, Haftbedingungen politischer Gefangener und Zersetzungs- und Verhörmethoden in der DDR an.

Frage 5: Wie viele Fälle zur Begutachtung psychischer Folgeschäden wurden



Wer der Meinung ist, daß man für Geld alles haben kann, gerät leicht in den Verdacht, daß er für Geld alles zu tun bereit ist.

Benjamin Franklin

Wer ein Stacheldraht-Abo erwirbt, bleibt frei von diesem Verdacht.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit neun Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

seit 1990 im Land Brandenburg geprüft und wie hoch war dabei die Zahl der Anerkennungen?

zu Frage 5: Das Landesamt für Soziales und Versorgung Brandenburg hält die erbetenen Angaben statistisch nicht vor. Aufgrund einer Sondererhebung des Landesamtes für Soziales und Versorgung ist allein die Anzahl der psychischen Begutachtungen im Rahmen des Verwaltungsverfahrens zur Feststellung haft- und verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden rückwirkend ab dem Jahr 2013 ermittelt worden. Danach wurden im Jahr 2013 neun Gutachten, im Jahr 2014 elf Gutachten, im Jahr 2015 acht Gutachten und im Jahr 2016 vier Gutachten in Auftrag gegeben. Welchen Einfluß die erstellten Gutachten auf die Höhe des Grades der Schädigungsfolge

und im Ergebnis auf die Anerkennung oder Ablehnung von Leistungen hatten, wurde im Rahmen der Sondererhebung nicht ermittelt.

Frage 6: Wie bewertet die Landesregierung grundsätzlich die Situation der Begutachtung von psychischen Folgeschäden nach politischer Haft und Verfolgung in der ehemaligen DDR im Land Brandenburg?

zu Frage 6: Seit dem Inkrafttreten der Gesetze zur Rehabilitierung von DDR-Unrecht nimmt das Landesamt für Soziales und Versorgung Brandenburg die Aufgaben im Zusammenhang mit der Feststellung von Versorgungsansprüchen aufgrund von Folgeschäden von politischer Haft und Verfolgung in der ehemaligen DDR wahr. Die Fallzahlen

bei der Geltendmachung und Begutachtung von psychischen Folgeschäden nach politischer Haft und Verfolgung waren in den letzten Jahren rückläufig. Das Landesamt für Soziales und Versorgung Brandenburg hat auf die Entwicklung durch Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation reagiert und den Kenntnisstand über die Bedingungen und die Wirkungen der politischen Repression in der ehemaligen DDR bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den eingesetzten Gutachterinnen und Gutachtern vertieft, um die geforderte Qualität in der Rechtsanwendung und Begutachtung zu gewährleisten.

(Die Antwort auf die Kleine Anfrage, eingegangen am 24.3.2017 und ausgegeben am 29.3.2017, ist die Drucksache 6/6289.)

Kombinat der Sonderheime

Landtag Brandenburg – Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr. 2665 des Abgeordneten Dieter Dombrowski, CDU-Fraktion, Drucksache 6/6506

Hilfen für die ehemaligen Insassen des „Kombinates der Sonderheime für Psychodiagnostik“ der DDR

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Bildung, Jugend und Sport die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: Im heutigen Land Brandenburg befanden sich zu DDR-Zeiten die vier Spezialkinderheime des sogenannten „Kombinates Sonderheime für Psychodiagnostik und pädagogisch-psychologische Therapie“ (Bollersdorf, Borgsdorf, Groß Köris und Werftpfuhl), in die „psychisch geschädigte Kinder“ eingewiesen wurden. Der Alltag der Heimkinder war geprägt durch die Verabreichung von Psychopharmaka und einer auf dem Kollektiv beruhenden Korrektiverziehung (Expertise Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR für den Beauftragten der Bundesregierung

für die Neuen Bundesländer, 2012, S. 196 ff.). Die Heime werden von Betroffenen mit dem Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau verglichen, was auch das Bundesverfassungsgericht analog feststellte (BVerfG, Beschluß der 2. Kammer des Zweiten Senats vom 13. Mai 2009 – 2 BvR 718/08 – Rn. [1–27]).

Frage 1: Was hat die Landesregierung bisher unternommen, um das besondere Schicksal dieser Heimkinder aufzuklären?

zu Frage 1: [...] Die vier Spezialkinderheime des sog. „Kombinates Sonderheime für Psychodiagnostik und pädagogisch-psychologische Therapie“ (Bollersdorf, Borgsdorf, Groß Köris, Werftpfuhl) waren in der DDR Einrichtungen der Jugendhilfe. Ehemalige Heimkinder aus den hier genannten Einrichtungen, die sich an den Fonds Heimerziehung in der DDR gewandt hatten, konnten bei der Aufarbeitung unterstützt werden und Hilfen zur Bewältigung der Folgeschäden erhalten.

Frage 2: Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, dieser Opfergruppe auf Grund ihrer besonderen, noch heute wirksamen Beeinträchtigungen zusätzliche Hilfen zukommen zu lassen?

zu Frage 2: Aufgrund der individuell sehr unterschiedlichen Erfahrungen während der Heimerziehung in der DDR und der daraus resultierenden unterschiedlichen Folgen sowie nachhaltigen Beeinträchtigungen wurden und werden die

Hilfen und Unterstützungsleistungen aus dem Fonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990“ auch sehr individuell mit den Betroffenen besprochen und entsprechend vereinbart. Insofern bestehen aus Sicht der Landesregierung vielfältige Möglichkeiten, bei noch heute wirksamen Beeinträchtigungen die angemessenen Hilfen zu geben.

Frage 3: Wird sich die Landesregierung bei der Bundesregierung dafür einsetzen, daß die ehemaligen Insassen des Kombinales Leistungen durch die Stiftung Anerkennung und Hilfe erhalten?

zu Frage 3: [...] Menschen, die als Kinder oder Jugendliche [...] während der Unterbringung in einer stationären Einrichtung der Behindertenhilfe oder der Psychiatrie Leid und Unrecht erfahren haben und heute noch an den Folgewirkungen leiden, können eine Leistung beantragen. Die Sonderheime für Psychodiagnostik als ehemalige Einrichtungen der Jugendhilfe unterfallen nicht dem Anwendungsbereich der Stiftung Anerkennung und Hilfe (sondern dem Heimkinderfonds). Wenn Betroffene in einer Einrichtung der Psychiatrie oder einer stationären Einrichtung der Behindertenhilfe – zumindest zeitweise – gelebt haben, sollten diese sich an die Beratungsstelle Hilfe und Anerkennung wenden.

(Die Kleine Anfrage ist eingegangen am 6.6.2017 und wurde ausgegeben am 12.6.2017.)

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Neuwahlen in Bautzen

(al) Am 10. Mai fand am Vorabend des Bautzen-Forums im Restaurant Lusatia die Mitgliederversammlung des Bautzen-Komitees statt. Nach der Begrüßung wurden zunächst die Toten geehrt, dem folgten die Berichte aus dem Vorstand. Im Anschluß wurde der Vorstand einstimmig entlastet.

In diesem Jahr waren wieder Neuwahlen notwendig, doch wurde zuvor über die neue Satzung abgestimmt, die ohne Gegenstimme angenommen wurde. Bei den folgenden Wahlen wurde Alexander Latotzky mit 95 Prozent Ja-Stimmen wieder zum Vorsitzenden gewählt. Als seine Stellvertreter wählte die Versammlung

Gudrun Sauer und Christian Schramm. Beisitzer sind Brigitte Dietrich, Anita Goßler, Johannes Oesterheld, Reinhard Pappai und Gotthold Schwerk. Alle Gewählten nahmen die Wahl an.

Am Nachmittag fand unter großer Anteilnahme ein Gedenkgottesdienst in der Kapelle auf dem Gräberfeld „Karnickelberg“ statt, dem sich eine Kranzniederlegung an der Gedenkmauer anschloß. 

Deutsch-Polnische Begegnungen

Ehrendes Erinnern an die NKWD-Opfer in Tost

Am 13. Mai dieses Jahres war es wieder soweit, ein Reisebus startete im erzgebirgischen Drehbach, um 47 Menschen in die oberschlesische Region zu bringen. Seit 1991 fahren ehemalige Häftlinge und deren Nachkommen nach Toszek/Polnische Republik, um die Gedenkstätte des ehemaligen NKWD-Lagers Tost/Oberschlesien zu besuchen. Seit über zwei Jahrzehnten und zuletzt alle zwei Jahre machen sich Angehörige der NKWD-Opfer, Freunde und Mitstreiter auf den weiten Weg in unser östliches Nachbarland.

Sybille Krägel, die den Verlust ihres Vaters in Tost zu beklagen hat, hält seit Jahren die Fäden in der Hand, um diese Fahrt zu organisieren. Es stellt sich immer wieder die Frage, ob man den Bus vollbekommt, um das finanzielle Risiko einzuschränken. Sind ältere Angehörige noch in der Lage mitzureisen, oder erfolgt eine Absage? Da sind Emotionen zu meistern, denn die Zahl der unmittelbaren Nachkommen verringert sich stetig. Eine großartige Geste kam vom Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Lutz Rathenow, der einen Teil der Busreisekosten übernahm und zukünftig weitere Hilfe andeutete. Dafür sind ihm alle Mitreisenden sehr dankbar.

Bis heute ist das Massengrab der Opfer nicht genau lokalisiert. Untersuchungen gestalten sich kompliziert. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ist nicht gerade sehr aktiv in Bezug auf die Opfersuche. Über 3000 Todesopfer hat die Geschichte des NKWD-Lagers vom Sommer 1945 bis zur Auflösung im November 1945 gefordert.

Nach etwa siebenstündiger Fahrt erreichte unser Bus die Gedenkstätte im polnischen Städtchen Toszek. Unsere Freunde vom Deutschen Freundschaftskreis warteten schon sehnsüchtig auf

unsere Ankunft. Die Gedenkstätte wird von ihnen seit Jahren intensiv gehegt und gepflegt. Ein Blumenmeer an der Gedenkstätte begrüßte uns und wurde von unseren mitgebrachten Blumengebinden noch vergrößert.

Wie immer absolvierte eine polnische Kapelle die musikalische Umrahmung des Gedenkens. Und, um es vorweg zu nehmen, es erklang zum Abschluß das erzgebirgische „Feierohmd-Lied“. Man hatte die Zeit genutzt und mit den wenigen Noten, die wir bereitstellen konnten, fleißig geübt. Da blieb kaum ein Auge bei den Anwesenden trocken.

Mit vor Ort war zum ersten Mal ein Reporterteam des MDR-Fernsehens. Schon am nächsten Tag lief der Bericht um 19 Uhr im sonntäglichen MDR-Sachsenspiegel.

Ein Novum war auch die Anwesenheit des Bundestagsabgeordneten der CDU-CSU Fraktion, Klaus Brähmig, aus dem Wahlkreis Pirna/Sachsen.

Konsulin Sabine Haake vom Deutschen Konsulat Oppeln war ebenfalls wieder anwesend.

Ungeachtet der politischen Gesamtwetterlage in der Welt zählen polnische Politiker seit mehreren Jahren zu unseren Gästen, ja mittlerweile zu Freunden. Mit uns ehrten und feierten: der Sejm-Abgeordneter K. Kielbasa, der Vorsitzende des Verbands der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen, B. Gaida, Pfarrer Dr. Tarlinski, Seelsorger der deutschen Minderheit der Diözese Oppeln, sowie Rektor a.D. der Universität Oppeln, Prof. Musielok.

Dorotheja Matheja, die Vorsitzende des Freundschaftskreises, eröffnete und moderierte das Gedenken, bei dem auch der Bürgermeister von Toszek, Grzegorz

Kupczyk, das Wort ergriff. Er und seine Familie begleiteten uns den ganzen Tag, obwohl man am Tag vorher den Vater zur letzten Ruhe gebettet hatte. Dafür sind wir dieser Familie sehr dankbar.

Als Anerkennung und Referenz für unsere Freunde in Tost und Oberschlesien hatte Sybille Krägel eine kleine Rede in polnischer Sprache einstudiert und gehalten. Auf Nachfrage wurde uns diplomatisch geantwortet, ja man habe es schon verstanden, aber der gute Wille zähle viel mehr. Kaum in Worte zu fassen ist das ehrende Gedenken an diesem sonnigen Samstag im Mai 2017. Für viele sicher in der Hoffnung, daß die Opfer endlich gefunden werden und eine letzte Ruhestätte erhalten. Bestimmt werden auch einige davon ausgehen, letztmalig die Strapazen der langen Reise auf sich genommen zu haben.

Das köstliche oberschlesische Mittagessen konnten wir wieder auf der Eichendorff-Burg bzw. Burg Tost einnehmen. Als weiteren Programmpunkt hatten unsere deutsch-polnischen Freunde eine ökumenische Andacht, diesmal in der Stadtkirche, organisiert. Weite Teile der Andacht wurden in deutscher Sprache gehalten. Die musikalische Umrahmung übernahmen drei Musiker, die vom Jugendchor unterstützt wurden. Sopranistin Sabrina Olbrich und ihre männlichen Begleiter zogen musikalisch die Anwesenden in ihren Bann. 



Foto: Ludwig Börner

Vor dem Gedenkstein verbeugen sich (v.l.) der stellvertretende Bürgermeister Kunce, Bürgermeister Kupczyk, Stadträtin Podkowa, dahinter (2.v.r.) Sybille Krägel.

Dann gab es die Möglichkeit, das Gebäude des ehemaligen Lagers, welches heute als Psychiatrie genutzt wird, zu besuchen. Sicher war es für einige Angehörige nicht einfach, solch eine Stätte zu besuchen.

Der festliche Kaffeetisch auf der Burg lud zum Abschluß der Gedenkfahrt nochmals zu Gesprächen und Erkundungen ein.

Die Verabschiedung von den Offiziellen und von unseren deutsch-polnischen Freunden verlief sehr herzlich. Die Organi-

satoren vom Deutschen Freundschaftskreis hatten keine Mühe gescheut und uns ein sehr interessantes und herzliches Zusammensein ermöglicht. Dafür sind wir, liebe Freunde, Euch sehr dankbar. Nicht zuletzt gilt unser Dank allen, die zum gelungenen Gedenken beigetragen haben, besonders unserer Sybille Krägel, die alle seidenen Fäden wie Stahlseile in ihren Händen hielt. Dank gilt auch den Mitstreitern, die sich der Suche nach dem Massengrab stellen – wie Jürgen Weigelt aus Bernburg – und auch den befreundeten Aufarbeitungs-

initiativen, die die Geschichte des NKWD-Lagers in der Aktualität halten. Danke sagen wir auch dem Busunternehmen Gläser im erzgebirgischen Drehbach, deren Fahrer uns zügig und sicher transportierten.

Es wird ein paar Tage dauern, bis wir das Erlebte verarbeitet haben. Wünschen wir uns alle eine friedliche Zeit und persönliches Wohlergehen. Bald beginnt die Vorbereitung für die nächste Reise in zwei Jahren.

Ludwig Börner

„Kleiner Kämpferlöwe“ für neues Polizeirevier

Auf Einladung der Polizeidirektion Ost konnten am 7. Juni ehemalige Insassen des DDR-Kindergefängnisses in Bad Freienwalde (Märkisch-Oderland) noch einmal die Stätte ihres Leidens besichtigen. Anlaß war die offizielle Einweihung des neuen Polizeireviers. Das in Privateigentum befindliche Gebäude des ehemaligen DDR-Durchgangsheims in der Adolf-Bräutigam-Straße wurde in den vergangenen Monaten zu einem Polizeirevier umgebaut. Erstmals seit der Schließung des Spezialheims des DDR-Regimes im Jahre 1987 standen die Türen für die Betroffenen offen. „Viele von uns sind seit über 30 Jahren zum ersten Mal wieder

in dem Haus“, sagte der Vorsitzende des Vereins „Kindergefängnis Bad Freienwalde“, Roland Herrmann. „Aus einem Hort des Unrechtes wird nun ein Ort des Rechts. So etwas hätte wir uns damals nicht einmal in den kühnsten Träumen ausmalen können.“

Grundsätzlich begrüßten die Mitglieder des Opfervereins, daß die Polizeidirektion offen zur Vergangenheit des Hauses steht. Aufgrund des Trubels bei der Eröffnung sicherte der Leiter des Polizeireviers, Peter Schuldt, den ehemaligen Insassen zu, daß sie jederzeit in das Gebäude kommen können und sich ihre alten Zellen noch einmal in Ruhe ansehen dürfen. Norda Krauel, die 1980 im Alter von 16 Jahren für mehrere Monate in Bad Freienwalde inhaftiert war, übergab der neuen Polizeiwache einen „Kleinen Kämpferlöwen“. Krauel mahnte den Leiter des Polizeireviers, den Schutz der Kinder ernst zu nehmen. Peter Schuldt sicherte den ehemaligen Insassen zu, daß der Plüschlöwe einen Ehrenplatz im Revier bekommen soll.

Heute erinnert nur noch wenig im Gebäude an das Leid der Kinder. „Wo heute moderne Schreibtische stehen,

waren damals zwei Doppelstockbetten und ein Eimer für die Notdurft“, erzählte Herrmann bei einem Rundgang mit den Polizisten. „Der Flur kam mir damals viel länger vor. Aber wir waren ja noch klein.“

Durch die Errichtung eines Mahnmals am Eingang des neuen Polizeireviers soll in Zukunft offen an das Leid der dort zu DDR-Zeiten untergebrachten Insassen erinnert werden. Nach der Zusage des Landrates des Kreises Märkisch-Oderland, Gernot Schmidt (SPD), ein Denkmal zu unterstützen, hat der Verein „Kindergefängnis Bad Freienwalde“ ihm Anfang Juni einen Bauantrag für ein etwa zwei Meter hohes Mahnmal übergeben. Ein Bad Freienwalder Künstler hat dem Verein einen Entwurf für ein Mahnmal erstellt. „Wenn alles gut geht, soll das Denkmal gegen Ende des Jahres eingeweiht werden können“, sagte Herrmann.

„Einen Schlußstrich werden die ehemaligen Insassen nicht machen können, weil das Land Brandenburg und die Bundesrepublik den meisten Betroffenen immer noch eine gesellschaftliche Rehabilitation verweigert“, resümierte Herrmann.

Verein Kindergefängnis Bad Freienwalde



Norda Krauel übergibt dem Leiter des Polizeireviers, Peter Schuldt, einen kleinen Kämpferlöwen.

Erinnern und Zeichen setzen

21. Bundeskongreß der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, der Bundesstiftung Aufarbeitung, der Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen vom 28. bis 30. April 2017 in Magdeburg

Das Interesse war groß, 170 angereiste Teilnehmer füllten den Kongreßsaal im Hotel Maritim bis auf den letzten Stuhl und lauschten der Eröffnungsrede der

Gastgeberin Birgit Neumann-Becker, die auch den gesamten Kongreß humorig und informativ moderierte. Alle Landesbeauftragten waren anwesend, teilweise mit Mitarbeitern.

Der Festvortrag der ehemaligen Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Marianne Birthler, kam sehr gut an: ein Resümee von 27 Jahren Aufarbeitung.

Die Präsidentin des Landtages Sachsen-Anhalt, Gabriele Brakebusch, betonte die Notwendigkeit einer nachhaltigen Aufarbeitung der SED-Diktatur. Verfolgtenvertreter, Landesbeauftragte und die Bundesstiftung Aufarbeitung wiesen in diesem Zusammenhang auf die dringend notwendige Entfristung der Rehabilitierungsgesetze hin.

Bedauerlicherweise hatte Prof. Jörg Barberowski kurzfristig abgesagt, dessen Vortrag zum Thema „Bedeutung und

Symbolkraft von Denkmälern“ viele Teilnehmer gern gehört hätten. Zu diesem Themenkomplex sprach u.a. Dr. Neela Winkelmann von der „Platform of European Memory and Conscience“ sehr lebendig über den studentischen Gestaltungswettbewerb für ein Denkmal für Opfer des Totalitarismus. Stephan Krikowski von der Lagergemeinschaft Workuta nahm sich des Themas „Die 2. Generation hilft, Erinnerungen und Zeitzeugnisse zu bewahren“ an. Auch kamen Aufklärung und Erinnerung von DDR-Heimerziehung zur Sprache, besonders hinsichtlich des Geschlossenen Jugendwerkhofs Torgau.

Ein besonderes Highlight bot die Vorführung des Animations-Dokfilms „Kaputt“, ein kurzer Strichmännchen-Film zum Frauengefängnis Hoheneck, der einen erdrückenden Eindruck von den physischen und psychischen Qualen, verursacht durch das unmenschliche Gefängnispersonal, hinterließ.

Frust löste jedoch die zu knapp bemessene Zeit für Berichte der Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen aus. 18 Verbände sollten innerhalb von 90 Minuten in je drei Minuten ihre Projekte vorstellen, das bedeutete Streß für die Vortragenden, und am Ende konnte unter den Zuhörern kaum etwas Erinnerung bleiben. Zu viel Information in zu wenig Zeit. Das Thema des Kongresses war „Zeugnisse politischer Verfolgung und ihre Botschaft“. Allein die Botschaft war in der Kürze der Zeit kaum vermittelbar. Dies soll als Anregung verstanden werden für den nächsten Kongreß, Aufarbeitern und Zeitzeugen bitte mehr Raum zu gewähren. Schließlich sind wir es, die Ehrenamtlichen, die dem Nicht-Fachpublikum, u.a. den Jugendlichen, aus eigener Erfahrung Geschichtswissen vermitteln sollen.

Das Theaterstück von Michail Sostschenko mit vielen roten Fahnen und für den Anlaß zu sexistischer und klamaukischer

Darstellung verursachte Kopfschütteln. Als das Licht wieder anging, war der Saal nur noch halbvoll. Die Erlebnisgeneration von Kommunismus und Sozialismus war die falsche Zielgruppe für das Stück des Ensembles vom Theater an der Angel.

Vor dem Dom fand zuletzt ein ökumenisches Gedenken am Bürgerdenkmal unter freiem Himmel statt. Ulrike Poppe hatte kürzlich das Ende ihrer Dienstzeit als Landesbeauftragte in Brandenburg angekündigt und wurde nun mit warmen Worten, viel Beifall und einem Kunstband verabschiedet. Viele Gespräche neben und am Rand der Veranstaltung gaben Gelegenheit zu Austausch und erweitertem Networking. Und so freuen wir uns auf ein Wiedersehen auf dem nächsten Kongreß, der vom 8. bis 10. Juni 2018 in Potsdam stattfinden soll.

Sybille Krägel

Ein Dach für die Opposition

Am 17. Mai 2017 wurde an der Erlöserkirche in Berlin-Rummelsburg eine Gedenktafel eingeweiht, die über die Bedeutung der Kirche im Kontext der Geschichte oppositioneller Bewegungen in der DDR informiert.

Seit Beginn der 1980er Jahre bis 1986 fanden Bluesmessen in der Erlöserkirche statt, die jeweils Tausende, zumeist jugendliche Zuhörer in ihren Bann zogen. Diese außergewöhnlichen Gottesdienste mit Musik, die zuerst in der Samariterkirche unter der Ägide von Pfarrer Rainer Eppelmann durchgeführt wurden, dann wegen Platzmangel und staatlichem Druck in die Erlöserkirche im Stadtbezirk Lichtenberg umzogen, atmeten den Geist des Unangepaßten, Individuellen konträr zu staatlich verordneten Denkmustern. In den Jahren 1982 bis 1986 bot die Friedenswerkstatt oppositionellen Basisgruppen wie „Frauen für den Frieden“ oder „Initiative Frieden und Menschenrechte“ ein Podium, ihre Arbeit zu präsentieren und Netzwerke zu knüpfen.

Im Vorfeld des offiziellen evangelischen Kirchentages 1987 zeigten sich Kirchenvertreter gegenüber staatlichen Forderungen kompromißbereit und lehnten eine nochmalige Veranstaltung der Friedenswerkstatt in der Erlöserkirche ab. Oppositionsgruppen kritisierten diese staatsnahe Kirchenpolitik und nahmen

sie zum Anlaß, die „Kirche von unten“ zu begründen.

In der Ära der friedlichen Revolution stand die Erlöserkirche am 28. Oktober 1989 noch einmal im Brennpunkt des Geschehens, als dort über 4500 Menschen unter dem Motto „Wider den Schlaf der Vernunft“ zu einer „Manifestation Berliner Kunstwerkstätiger gegen Gewalt – für Demokratie“ zusammenkamen, darunter die Schriftsteller Christoph Hein, Stefan Heym, Christa Wolf, Elke Erb und Volker Braun.

Manfred Becker, 1979 bis 1990 Präses der Synode der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg und heute Mitglied der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Lichtenberg, war Initiator der nun eingeweihten, aus Mitteln des Lichtenberger Fonds für Erinnerungskultur finanzierten Gedenktafel. Für die Auswahl der auf der zwei Meter hohen Stahl-Stele enthaltenen Text- und Fotoelemente trug eine vom Kulturausschuß der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Lichtenberg eingesetzte Gedenktafelkommission die Verantwortung.

In seiner Rede anläßlich der Gedenktafel-einweihung verwies Manfred Becker darauf, daß der Stadtbezirk Berlin-Lichtenberg stolz sein könne auf die Erlöserkirche als Ort der Revolutionsgeschichte. Große Anerkennung sei der Kirchengemeinde zu

zollen, die intensivsten Überwachungsmaßnahmen der Staatssicherheit ausgesetzt war, diesen standhielt und den oppositionellen Gruppen Obdach bot. An eine besondere Episode erinnerte Bezirksbürgermeister Michael Grunst in seiner Rede: das Geheimkonzert der Punkband „Die Toten Hosen“ 1983 in der Erlöserkirche.

Markus Meckel berichtete, er habe als Mecklenburger Pfarrer, der eng mit Berliner Oppositionsgruppen zusammenwirkte, regelmäßig an der Friedenswerkstatt teilgenommen und sie zur Netzwerkarbeit genutzt. Er richtete einen Dank an die Kirchengemeinde, charakterisierte aber auch das damalige Verhältnis zwischen Opposition und Kirche als nicht spannungslos. In abschließenden Worten versicherte Pfarrerin Sapna Joshi, die Gemeinde wolle sich messen lassen an der Erinnerung und Mut und Engagement zeigen, wo es in der Gegenwart notwendig erscheint.

Carola Schulze



Erinnerung an die Bedeutung der Erlöserkirche auf dem Weg zur friedlichen Revolution.

Schülerprojekt „Verfassungskoffer“

(abl) Am 26. Mai 1992 wurde die Sächsische Verfassung in der Dresdner Dreikönigskirche feierlich verabschiedet. Dies nahm das Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V. zum Anlaß, das multimediale Schülerprojekt „Mit Engagement zur Sächsischen Verfassung“ zu entwickeln.

Dank des Förderprogramms der Sächsischen Staatskanzlei zur Erinnerung an den 25. Jahrestag der Deutschen Einheit und der Wiedegründung des Freistaates Sachsen ist das Projekt „Verfassungskoffer“ entstanden.

Thematischer Schwerpunkt ist die Entstehungsgeschichte der Sächsischen Verfassung von 1989/90 bis zu ihrer Verabschiedung am 26. Mai 1992. Dieser „Verfassungskoffer“ ist für die 9. bis 12. Klassen an Oberschulen, Gymnasien und beruflichen Gymnasien für die Fächer Gemeinschaftskunde, Recht, Wirtschaft (GRW) sowie Geschichte geeignet und orientiert sich an den jeweiligen Lehrplänen.

Das Hauptthema wird ergänzt durch Hintergrundinformationen u.a. zur Umwelt-, Friedens- und Menschenrechtsproblematik in der DDR. Das alles waren Themen, für

die sich Menschen in der DDR engagiert haben und die 1992 Eingang in die Sächsische Verfassung fanden. Daneben zeigt das Lehrmittel auch Bezüge zur heutigen demokratischen Mitgestaltung auf.

Der „Verfassungskoffer“ enthält das Schülerarbeitsheft, das Glossar und eine aktuelle Ausgabe der Verfassung des Freistaates Sachsen in Klassenstärke (je 30 Exemplare).

Folgende multimedialen Zugänge gewährleisten eine variable Einsetzbarkeit im Unterricht:

- ein 48seitiges Schülerarbeitsheft, das u.a. bislang kaum veröffentlichtes Material aus Archiven zur Quellenarbeit anbietet
 - ein Glossar, das den Schülern unbekannte Begriffe erklärt
 - ein Einführungsfilm (fünf Minuten) und sechs kurze Zeitzeugenfilme sowie eine Power-Point-Präsentation, die den Entstehungsprozeß der Sächsischen Verfassung kurz darstellt (auf DVD und/oder nach Anmeldung von der Webseite des Archivs Bürgerbewegung abrufbar <http://www.archiv-buergerbewegung.de/schuelerprojekte/verfassungskoffer>)
 - die Handreichung für Lehrer ermöglicht einen raschen Überblick zur Gestaltung möglicher Unterrichtsstunden bzw. Lerneinheiten mit Lehrplanbezug und ist abrufbar unter http://archiv-buergerbewegung.de/images/Lehrer_innenhandreichung.pdf
 - die Sächsische Verfassung
 - ein Spiel, das inhaltlich Bezug nimmt und den Lernerfolg unterhaltsam vertieft
- Das Schülerprojekt stellt beteiligte Zeitzeugen mit ihren Vorstellungen, Träumen und Motivationen für eine demokratische Säch-

sische Verfassung vor. Daneben kann das methodische Arbeiten mit Zeitzeugen und Quellenarten multimedial erprobt werden. Das Schülerheft kann sowohl allein als auch ergänzend zu anderen Lehrmaterialien genutzt werden.

Ein farblicher Code (z.B. orange für Zeitzeugen) führt durch das Heft. Am Ende fast jeder Seite bzw. jedes Abschnittes befinden sich Aufgaben und Fragen für die Schüler. Die Aufgaben zu den Biographien sind immer gleich formuliert. Daher bietet sich z.B. eine Gruppenarbeit an, die durch die biographischen Kurzfilme unterstützt werden kann.

DDR-spezifische und unbekannte Begriffe aus dem Schülerarbeitsheft sind extra gekennzeichnet. Diese werden im Glossar knapp erläutert und bieten Hintergrundinformationen.

Die Handreichung für Lehrer ermöglicht nicht nur einen raschen Überblick zur Gestaltung möglicher Unterrichtsstunden, sondern beschreibt auch die Einsatzmöglichkeiten für die entsprechenden Unterrichtsfächer mit den jeweiligen Lernbereichen für die verschiedenen Klassenstufen mit ihren unterschiedlichen Anforderungen.

Dank der Bereitschaft der damaligen Protagonisten Elke Urban, Dr. Michael Lersow, Dr. Bernd Kunzmann, Arnold Vaatz, Dr. Martin Böttger und Dr. Steffen Heitmann, ihre Motivation und ihr persönliches Engagement bei der Entstehung der Sächsischen Verfassung zu erläutern, konnte dieses eher spröde Thema für die Schüler interessant gestaltet werden.

Der „Verfassungskoffer“ steht in den Medienpädagogischen Zentren Sachsens und im Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V. zur Ausleihe bereit.



Der „Verfassungskoffer“ für sächsische Schüler.

„Wir müssen schreien, sonst hört man uns nicht!“

(mrzc) Schon zu Beginn der 1980er Jahre hatte sich Ulrike Poppe, die spätere Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg, zusammen mit anderen Frauen in DDR-Oppositionsgruppen engagiert und sich mit öffentlichen Protestaktionen dem SED-Regime entgegengestellt. Die Frauengruppen wehrten sich gegen die zunehmende Militarisierung, fehlende Gleichberechtigung sowie Umwelt- und Menschenrechtsverstöße. Die von der Robert-Havemann-

Gesellschaft herausgegebene Plakatausstellung „Wir müssen schreien, sonst hört man uns nicht!“ – Frauenwiderstand in der DDR der 1980er Jahre“ wird seit dem 6. Juni 2017 in der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus gezeigt. Sie schildert eindrucksvoll die Geschichte dieser Bewegungen.

28 Jahre ist es her, daß am 4. Juni 1989 auf dem Platz des Himmlichen Friedens in Peking Hunderte Menschen wegen der gewaltsamen Niederschlagung des stu-

dentischen Aufstands für politische Reformen und mehr Demokratie ihr Leben lassen mußten. Auch in der DDR wagten sich Menschen wie Ulrike Poppe auf die Straßen und verurteilten die Niederschlagung des Volksaufstandes in China öffentlich. Für ihren Protest kam sie in Polizeigewahrsam.

Die Plakatausstellung kann noch bis zum 6. August 2017 im Foyer des Menschenrechtszentrums Cottbus, Bautzener Str. 140, kostenfrei besichtigt werden.

Mauerfall-Denkmal

(sbm) Die Adalbert-Stiftung Krefeld, die dem Dialog mit den Staaten Mittel- und Osteuropas gewidmet ist, hatte gemeinsam mit der Stiftung Berliner Mauer und den von Bodelschwinghschen Stiftungen Bethel (Hoffnungstaler Stiftung Lobetal) am 9. Juni zur Einweihung eines Denkmals zur Würdigung der Beiträge der Adalbert-Länder Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn zum Mauerfall in Berlin in den Garten des Mauercafés eingeladen.

Der Künstler des Denkmals, Prof. Hans Joachim Albrecht, hatte sich für eine Skulptur entschieden, die er „Kauernde, sich aufrichtend“ nannte. Ihre knapp gehaltene Körpersprache soll vergegenwärtigen, wie sich ein Mensch bei Abwehr, Kälte, Einsamkeit und Trauer verschließt oder aber bei Offenheit, Wärme, Geborgenheit und Freude ausstreckt: Die Kauernde richtet sich auf.

Die Adalbert-Stiftung möchte mit diesem Denkmal an den Beitrag der Adalbert-Länder zum Fall der Berliner Mauer und zur Wiedererlangung der Deutschen Einheit erinnern.

Ankündigung

UOKG-Kongreß

Kleine Brötchen oder großer Wurf?

Wo stehen wir in der Aufarbeitung von SED-Unrecht?

Erreichtes – Defizite – Perspektiven

Am **Sonntag, dem 9. September 2017, von 11 bis 17 Uhr** in der Gedenkstätte Berliner Mauer (ausführlich in der nächsten Ausgabe).

Gedenken in Malchow

(hv) 7. Juli 2017, 11.45 Uhr am Gedenkstein in der Gartenstraße; Grußworte von Joachim Krüger, Vorsitzender AG Sachsenhausen 1945-1950, Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender UOKG, May-Britt Krüger, stellvertretende Vorsitzende VOS, Dr. Matthias Buchholz, Bundesstiftung Aufarbeitung, Alexander Latotzky, Vorsitzender Bautzen-Komitee und Kinder hinter Stacheldraht; Gedenkrede: Eckhardt Rehberg MdB (CDU)

Weitere Mitwirkende: Bläserquintett des Heeresmusikkorps Neubrandenburg,

„Mauern. Gitter. Stacheldraht“

Politische Repression in SBZ und DDR 1945–1990

Eine Plakatausstellung der UOKG

Die Ausstellung gibt den vielfältigen Repressionen in SBZ und DDR Namen und Gesichter. Sie ist eine gute und preiswerte Möglichkeit, um an öffentlichen Orten die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur in Deutschland anzuregen und zu fördern.

Die Ausstellung (die auch als Wanderausstellung im Banner-Format bestellt werden kann) besteht aus 17 Plakaten in der Größe DIN A1. Sie wird für eine Gebühr von 10 Euro plus 10 Euro Porto und Verpackung per Post zugesandt. Auf Wunsch wird für die Eröffnung der Ausstellung ein authentischer Zeitzeugenvortrag vermittelt. Der Kostenanteil dafür beträgt 50 Euro. Die Ausstellung kann bestellt werden bei: UOKG-Geschäftsstelle, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, E-Mail Geschaeftsstelle@uokg.de; weitere Informationen in Ausgabe 8/2016 und auf www.uokg.de/wanderausstellung.



Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Jeweils sonabends, am 1., 8., 15., 22. und 29. Juli sowie am 5. und 12. August, 14.00 Uhr: Stadtrundgang „Auf den Spuren der Friedlichen Revolution“, Treffpunkt Leipzig, Hauptportal Nikolaikirche

Schülerinnen und Schüler der Fleesensee-Schule Malchow, Bürgermeister und Pastor.

rates, also sowjetischer Ministerpräsident und damit Regierungschef.

Die Redaktion

Um 17.30 Uhr erinnern Vorstand und Mitglieder der AG Sachsenhausen mit Blumen in der NS-Gedenkstätte „An der Lagerstraße“ an mehr als 300 umgekommene Häftlinge und Zwangsarbeiter der Munitionsfabrik Malchow. Gäste sind herzlich willkommen.

Am 8.7. gedenkt die AG Sachsenhausen ca. 9.30 Uhr am Gedenkstein in Waren (Am Kietz, Raiffeisenbank) und ca. 11.30 Uhr in Penzlin am Gedenkstein auf dem Friedhof. Dort wird eine alte Grabanlage vom Karl-Friedrich Wendt, die neugestaltet wurde, wieder eingeweiht. Der Tod Karl-Friedrich Wendts steht für das Unrecht in der DDR.

Ergänzung

Im Leserbrief „Beteiligung in Aussicht gestellt“ in Ausgabe 4/2017, S. 14, wurde als Verfasserin Julia Spohr, Wissenschaftliche Referentin/Leitung Öffentlichkeitsarbeit genannt. Es fehlte jedoch der Hinweis, daß es sich um eine offizielle Stellungnahme der Stiftung Sächsische Gedenkstätten handelte.

Die Redaktion

Museumsnacht in Chemnitz



Foto: Chris Seidel

Zur 18. Chemnitzer Museumsnacht am 20. Mai 2017 hatte der Verein Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis wieder die Tore der ehemaligen Haftanstalt zur Besichtigung geöffnet. Sylvia Schmeisser (l.) und Renate Horn (r.) von der Aufarbeitungsinitiative Kinderheime und Jugendwerkhöfe in der DDR erläutern interessierten Besuchern die Ausstellung in einer Zelle.

Suchanzeigen

Gefangen in Hohenschönhausen:

Wer kannte Dietrich Hackel und Wolfgang Nagele?

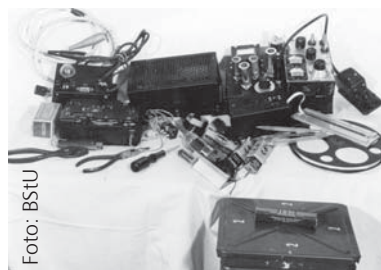
Dietrich Hackel (geboren 1935 in Finowfurt) wurde am 8. Juli 1961 in Finowfurt konspirativ von der Staatssicherheit festgenommen, gemeinsam mit seiner Verlobten Bärbel. Er wurde am 24. November 1961 wegen Militärsionage zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Bärbel Hackel wurde ebenfalls zu einer Haftstrafe verurteilt, die sie in Frankfurt (Oder) verbüßen mußte.

In Hohenschönhausen war Hackel nach seiner Verurteilung zunächst in der Kraftfahrzeug-Reparaturwerkstatt eingesetzt. Ab Anfang 1963 wechselte er als Instrumentenschleifermeister (später auch Sprechstundenhelfer) in die Zahnstation der Haftanstalt. Die Bundesregierung hat Dieter Hackel am 16. Dezember 1965 freigekauft. Hackel war während der Haft und danach einer der engsten Freunde von Dr. Gerd Raue und half ihm gemeinsam mit Bärbel bei dessen späterer Flucht in den Westen. Dieter Hackel lebte mit seiner ebenfalls in den Westen entlassenen Frau Bärbel in Spandau. Angaben über sein weiteres Schicksal sind unbekannt.

Wolfgang Nagele (1935–2010) wurde am 13. August 1961 – dem Sonntag, an dem die Mauer gebaut wurde – festgenommen, als er in Ost-Berlin Filmauf-

nahmen der Sektorengrenze anfertigte. Er wurde in einem Geheimprozeß vom Bezirksgericht Neubrandenburg durch den berüchtigten Oberrichter Laskowski zu 6 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus verurteilt. Er war zunächst in Bautzen II und dann ab dem 11. Februar 1963 bis zu seiner Entlassung in Hohenschönhausen inhaftiert. Nagele war im Lager X in der Schneiderei beschäftigt. Er gelangte am 26. August 1965 per Freikauf in die Bundesrepublik und lebte in West-Berlin. Nagele war ein Freund des Gefängnis-Zahnarztes Dr. Gerd Raue.

An der Geschichte der Raue-Gruppe arbeitet Dr. Stefan Appelius in Berlin. Er ist über die E-Mail-Adresse stefan.appelius@fu-berlin.de und über die Telefonnummer (0171) 544 42 82 zu erreichen. Bitte hinterlassen Sie eine Nachricht auf dem Band mit Ihrer Nummer. Sie werden zurückgerufen!



Sendegerät eines westlichen Geheimdienstes, das in der DDR eingesetzt wurde.

Unbekannte Kommission

Im Rahmen der Recherchen zur Aufarbeitung einer Heimkind-Biographie bietet das Thüringer Archiv für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk“ um Ihre Mithilfe.

In einer Beschlusvorlage des Rates der Stadt Jena (Bereich Inneres) vom 25. Februar 1976 zur „Erfassung von kriminell gefährdeten Bürgern in der Stadt Jena“ wird unter den an der Abstimmung beteiligten Institutionen und Akteuren eine „Kommission 15/66“ genannt.

Intensive Recherchen in lokalen und regionalen Archiven sowie der Bundesbehörde für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) haben bisher keine Antwort darauf erbracht, um welche Art von Kommission es sich handelt und wer daran beteiligt war.

Sollten LeserInnen des „stacheldraht“ Informationen zur besagten Kommission haben, wenden Sie sich bitte an das

Thüringer Archiv für Zeitgeschichte
„Matthias Domaschk“
Camsdorfer Ufer 17
07749 Jena
Tel. (036 41)53 93 04
E-Mail: bildung@thueraz.de

Wir sind für jeden Hinweis dankbar!

Das Thüringer Archiv für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk“ (ThürAZ) ist ein nicht-staatliches Archiv in freier Trägerschaft, das Materialien zu Opposition und Widerstand in der SBZ/DDR sammelt, erschließt und der Öffentlichkeit zu Bildungs- und Forschungszwecken zur Verfügung stellt.

Die im ThürAZ systematisch gesammelten Materialien dokumentieren als Gegenüberlieferung zu staatlichen Quellen die Perspektive von Akteuren unangepaßter bzw. widerständiger Gruppen und Bewegungen in den ehemaligen Bezirken Gera, Erfurt und Suhl.

Mithäftlinge in Bautzen I gesucht



Hochzeitsfoto v. G. Tügel.



Letztes Paßbild v. G. Tügel.

Fotos: Privat

Wer war Mitte Januar 1962 bis Januar 1965 in Bautzen I inhaftiert und erinnert sich an **Georg Tügel**, geboren am 2. Januar 1930?

Gegen Ende seiner Haft war er gelegentlich in der Küche tätig, im Chor bei Bedarf.

Bitte melden bei Rosel Werl (im Auftrag der Familie) unter r.werl@t-online.de

Gedenkstätte gefordert



Foto: Privat

Mike Mutterlose (l.) und Dieter Gollnick von der Gruppe Gerechtigkeit für SED-Opfer während der Chemnitzer Museumsnacht am Gedenkstein für die Opfer der kommunistischen Diktatur. Die beiden ehemaligen politischen Häftlinge diskutierten mit Besuchern und machten darauf aufmerksam, daß aus dem Gedenkort Kaßberg eine Gedenkstätte werden müsse.

Zwischen allen Fronten

Christa Wolf „Briefe 1952–2011“

Am 1. Dezember 2016, auf den Tag genau zum fünften Todestag der 1929 in Landsberg an der Warthe, jenseits der Oder, geborenen DDR-Schriftstellerin Christa Wolf (1929–2011), die am 13. Dezember 2011 auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof in Berlin-Mitte beigesetzt worden war, erschien ein umfangreicher Band von immerhin 1040 Seiten (einschließlich Nachwort, Literatur- und Quellenverzeichnis sowie Personenregister) mit 483 Briefen Christa Wolfs, die freilich nur einen Bruchteil der rund 15 000 hinterlassenen Briefe ausmachen, die im Archiv der Berliner Akademie der Künste lagern.

Die breit gestreute Auswahl ihrer Briefpartner und ihre Bereitwilligkeit, jeden Brief, auch wenn es nur Anfragen von Lesern und Studenten waren, zu beantworten, sind erstaunlich. Vor allem war sie, darin ihrem Vorbild Anna Seghers vergleichbar, neugierig auf Menschen, auch wenn sie in anderen Gesellschaftssystemen lebten. Als sie am 17. April 1952 ihren ersten, in dem Band abgedruckten Brief an die Redaktion der SED-Zeitung „Neues Deutschland“ mit der Anrede „Werte Genossen“ abschickte und ihre Mitarbeit anbot, war sie 23 Jahre alt, seit 1949, dem DDR-Gründungsjahr, SED-Mitglied, studierte noch Germanistik bei Hans Mayer in Leipzig und hatte 1951 ihren Mitstudenten Gerhard Wolf geheiratet.

Die Rezension zu Emil Rudolf Greulichs Roman „Das geheime Tagebuch“ (1951), die dann am 20. Juli erscheinen sollte, hatte sie gleich mitgeschickt. Der Brief, eine bescheidene Anfrage, unterzeichnet „mit sozialistischem Gruß“ zeigt aber auch das Selbstbewußtsein der Leipziger Studentin: „Ich bin noch kein Literaturkritiker, sondern studiere noch und will erst einer werden.“ Im Jahr 1952 glaubte sie noch fest an die Zukunft des Sozialismus, über die möglichen Erschütterungen ihres Weltbilds durch die Aufstände des 17. Juni 1953 und vom Herbst 1956 in Ungarn liest man in diesem Band keine Zeile. Immerhin ließ der Roman „Der geteilte Himmel“ (1963) erkennen, daß sie nicht unberührt blieb von der Abriegelung der innerdeutschen Grenze.

Nachdem sie mehrere Romane geschrieben und den DDR-Nationalpreis empfangen hatte, wurde ihr Auftreten mutiger.

Am 20. September 1970 beklagte sie sich bei der DDR-Zollverwaltung, daß ihr vom Luchterhand-Verlag in Neuwied/Rheinland zugeschickte Rezensionen ihres Buches „Nachdenken über Christa T.“ (1968/69) beschlagnahmt worden wären. Am 11. März 1975 schrieb sie zwei zornige Seiten an Politbüromitglied Kurt Hager, um sich über den intriganten Kulturfunktionär Alexander Abusch zu beschweren. Seit 1977 schrieb sie mehrmals an SED-Generalsekretär Erich Honecker und setzte sich für die Freilassung verhafteter Schriftsteller ein. In ihrem Brief vom 27. Januar 1988 machte sie ihn eindringlich darauf aufmerksam, daß nach der Luxemburg-Liebke-Demonstration vom 17. Januar in Berlin-Friedrichsfelde über 100 Gegendemonstranten verhaftet worden wären.

Das üppige Verzeichnis ihrer Briefpartner (S. 986–1040) zeigt dem Leser, daß sie auch gute Kontakte ins „kapitalistische Ausland“ hatte, besonders nach Westdeutschland. Mit amerikanischen Germanisten, die sie zu Gastvorlesungen eingeladen hatten, stand sie in dauernder Korrespondenz, nachdem sie zuerst 1974 nach Ohio ans Oberlin College gereist war. Immer wieder liest man in ihren Briefen von Aufbrüchen in ferne Länder, die dem gewöhnlichen DDR-Bürger bis zum Rentenalter verschlossen waren. Sie war privilegierter „Reisekader“ in Literatur, der immer, trotz aller Anfechtungen, zu diesem Staat stand. Das konnte man schon 1963 ihrer „Republikflucht“-Erzählung „Der geteilte Himmel“ entnehmen wie ihrem wirklichkeitsfremden Aufruf „Für unser Land“ vom 28. November 1989.

Zweifellos hat Christa Wolf auch unter ihrem Staat gelitten. Als die Lyrikerin Sarah Kirsch im Sommer 1977 ausreisen durfte, schrieb sie an den Schriftstellerverband: „Meine Hoffnung ist

Buchtip

Streckenläufer

„Erziehung zur und durch Arbeit“ in den Jugendwerkhöfen der ehemaligen Nordbezirke der DDR

Von Anke Dreier-Horning

Hrsg. v.d. LStU Mecklenburg-Vorpommern

170 S., 6,00 €



.....
Christa Wolf: *Man steht sehr bequem zwischen allen Fronten. Briefe 1952–2011*, hg. von Sabine Wolf, Suhrkamp-Verlag, Berlin 2016, 1040 S., 38,00 €
.....

erschöpft.“ Und nach Paris berichtete sie 1979 aus einem Hotel in Frankfurt/Main: „Hier umgibt mich eine schneidende Fremdheit.“ Mit dem russischen Germanisten Lew Kopelew, den sie 1965 bei Anna Seghers kennengelernt hatte, korrespondierte sie auch noch, nachdem er 1981 ausgebürgert worden war. Neun Seiten schrieb sie am 17. März 1984 nach Köln, solche Briefe aber verschickte sie aus West-Berlin wie die an ihren akademischen Lehrer Hans Mayer, der sie noch 1963, im Jahr seines Weggangs aus Leipzig, zu einer Lesung aus ihrem Roman „Der geteilte Himmel“ an die Karl-Marx-Universität eingeladen hatte.

Hier nun muß Sabine Wolf, der Bearbeiterin dieses Briefbandes, ein kräftiges Lob gespendet werden. Was sie hier, vermutlich in wochenlanger Arbeit, an Fußnoten und Anmerkungen erstellt hat, ist eine DDR-Literaturgeschichte in nuce über fast 60 Jahre. Auszuschöpfen ist das in einer Rezension kaum! Dennoch bleiben manche Fragen ungeklärt, beispielsweise das Verhältnis zu Thomas Nicolaou, dem griechischen Emigranten in Ost-Berlin, der, wie 1989/90 bekannt wurde, als IM „Anton“ für die Staatssicherheit gearbeitet und auch Christa Wolf überwacht hat; ihm schrieb sie lange, vertrauensselige Briefe.

Jörg Bernhard Bilke

Grenzerfahrungen

Was ist der Preis für die Freiheit eines einzelnen? Die Bundesrepublik zahlte für den Freikauf eines politischen Häftlings aus der DDR knapp 100 000 Mark. Die geglückte Flucht von 63 Menschen in den „goldenen Westen“ kostete Volker G. Heinz hingegen zehn Monate seines eigenen Lebens.

Inmitten des Kalten Krieges absolvierte der 22-Jährige nach Studienaufenthalten in Heidelberg und Bonn zwei Gastsemester an der Berliner Freien Universität. Die angespannte Atmosphäre zwischen

Ost und West war 1965 – nur vier Jahre nach dem Mauerbau – in den Straßen der geteilten Stadt deutlich spürbar. So geriet der Jurastudent durch Zufall an Fluchthelfer, die über riskante Tunnelbauten DDR-Bürgern einen Weg in die Freiheit bahnten. Doch auf Grabungsarbeiten untertage war das Ministerium für Staatssicherheit in Ost-Berlin mittlerweile vorbereitet. Ein neuer Plan sollte dem entgegengesetzt werden. Von Hilfsbereitschaft und Abenteuerlust getrieben, transportierte Volker

Heinz gemeinsam mit einem syrischen Diplomaten Freiheits-hungrige im Kofferraum eines Mercedes über den Checkpoint Charlie in den Westen. Schon bald schöpfte die Stasi allerdings Verdacht und verhaftete den Idealisten zusammen mit zwei Flüchtlingen auf frischer Tat. Sein Fall entwickelte sich dank prominenter Fürsprecher zum lukrativen Politikum. Der Fluchthelfer wurde Teil eines geheimen Geschäfts, bei dem zwischen der Bundesrepublik und der DDR Millionen an Geldern flossen. Im Austausch gegen zwei sowjetische Spione und einen beachtlichen Geldbetrag kaufte ihn die westdeutsche Regierung frei.

Volker G. Heinz holt mit dem autobiographischen Roman „Der Preis der Freiheit“ die Vergangenheit des Kalten Krieges in die Gegenwart des Lesers. Vor dem Hintergrund historischer Fakten schildert er

detailliert und eindrücklich die Situation im geteilten Berlin. Der Autor reflektiert im narrativen Erzählstil die politischen Spannungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik. Die totalitären Strukturen des sozialistischen Staates, der seine Bürger in die Flucht trieb, thematisiert er genauso wie das moralische Dilemma des Häftlingsfreikaufs. Ohne derartige Verhandlungen hätte der Ich-Erzähler erst nach zwölf Jahren Haft in seine Heimat zurückkehren können. Dennoch verschweigt Volker Heinz nicht, daß die Bundesrepublik den ostdeutschen Staat auf diese Weise entscheidend unterstützte.

Der Autor stellt seine persönlichen Erlebnisse als Fluchthelfer kritisch den diplomatischen Bestrebungen in Ost und West gegenüber. Mit Spannung und analytischer Klarheit zugleich erläutert er, wie er den Freiheitsdrang von DDR-Bürgern zu stillen versuchte und sich dadurch auf ein Unterfangen einließ, das auf Dauer zum Scheitern verurteilt war. Volker Heinz erzählt aber auch eine Geschichte über Freundschaft und Vertrauen. Während fremde Menschen, denen er zuvor niemals begegnet war, ihr Leben in seine Hände legten, folgte er bedingungslos dem Fluchthelfer Wolfgang Fuchs. Ihm gegenüber fühlte er sich verpflichtet; daß er Teil einer größeren Inszenierung war, realisierte er erst nach seiner Verhaftung.

In der zweiten Hälfte des Romans zeichnet der Ich-Erzähler ein ausdrucksstarkes Bild seiner Gefühlswelt während der zehnmonatigen Haft im Stasigefängnis Berlin-Hohenschönhausen. Das Ministerium für Staatssicherheit bediente sich eines ganzen Arsenal an psychologischen Methoden, um politische Häftlinge einzuschüchtern und planvoll zu zermürben. Volker Heinz versteht es, die Strategien der Isolation, Desorientierung und des Reizentzugs dem Leser vor Augen zu führen. Mit deutlichen Worten verurteilt er das menschenverachtende kommunistische System und leistet somit einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Sowohl die unabgeschlossene Flüchtlingsdebatte als auch diktatorische Entwicklungen in verschiedenen Ländern dieser Welt lassen die Thematik des Buches aktueller denn je erscheinen.

Beatrice Berthel



.....
Volker G. Heinz: *Der Preis der Freiheit. Eine Geschichte über Fluchthilfe, Gefangenschaft und die geheimen Geschäfte zwischen Ost und West*, Rowohlt TB 2016, 256 S., 9,99 €
.....

Veranstaltungen

27.6. (Di), 10.00 Uhr:

Führung für Senioren „Unterwegs im Archiv“, Veranstaltung d. BStU Außenstelle Halle/Saale; Ort: Außenstelle Halle/S., Blücherstr. 2, 06122 Halle/S.

27.6. (Di), 16.00 Uhr:

Führung und Lesung **„Die Pressefeste in Suhl“**, in der Reihe „Geschichte lesen“; 16.00 Uhr: Archivführung; 17.00 Uhr: Lesung und Gespräch; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Suhl; Ort: BStU Außenstelle Suhl, Weidbergstr. 34, 98527 Suhl

27.6. (Di), 18.00 Uhr:

„Schwarzähler, Schwarzseher und heimliche Leser. Die DDR und die Westmedien“, Autorin Dr. Franziska Kuschel, ZZf Potsdam, stellt ihr Buch vor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

27.6. (Di), 18.00 Uhr:

Vortrag **„Kampagnen, Spione, geheime Kanäle“**. Die Stasi und Willy Brandt, Ref. Prof. Dr. Daniela Munkel, BStU; Veranstaltung d. BStU u.a.; Ort: Neues Rathaus, Mosaiksaal, Trammplatz 2, 30159 Hannover

27.6. (Di), 18.00 Uhr:

Vortrag u. Führung **„Klassenkampf im Trainingsanzug“**. DDR-Spitzensport im Visier der Stasi, Ref. Ralph Kaschka, BStU; Veranstaltung d. BStU; Ort: Ehemalige Stasi-Zentrale, Haus 22, Ruschestr. 103, 10365 Berlin

27.6. (Di), 19.00 Uhr:

„Mauern, Gitter, Stacheldraht“. Politische Repression in SBZ und DDR 1945-1990, Ausstellungseröffnung mit Vortrag u. Gespräch; Ref. Alexander W. Bauersfeld, UOKG; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u. d. UOKG; Ort: BStU Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

28.6. (Mi), 19.00 Uhr:

Gegen PID und PUT: „Zersetzung“ als Strategie infolge der KSZE, Vortrag v. Hans-Hermann Lochen, Jurist, Ministerialrat im BMJ a.D., Diskussion mit Rainer Eppelmann, Theologe, DDR-Oppositioneller u. v. Zersetzungsmaßnahmen Betroffener, Berlin, Hans-Hermann Lochen, Dr. Gerhard Sälter, Historiker u. Mitarbeiter im Projekt zur Geschichte des BND, Mod. Prof. Dr. Axel Klausmeier, Historiker, Direktor der Stiftung Berliner Mauer; Veranstaltung d. Berliner LStU u.a. im Rahmen der Reihe „Was war die Stasi? Funktion, Tätigkeit und Bedeutung“; Ort: Landesvertretung Thüringen, Mohrenstr. 64, Berlin-Mitte

1.7. (Sa), 14.00 Uhr:

Führung **„Unterwegs im Stasi-Gefängnis“**, Veranstaltung d. BStU Außen-



Sorben in der Diktatur

stelle Rostock; Ort: Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen U-Haft der Stasi in Rostock (DuG), Hermannstr. 34b, 18055 Rostock 5.7. (Mi), 14.00 Uhr:

Führung „**Unterwegs im Stasi-Gefängnis**“, Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen U-Haft der Stasi in Rostock (DuG), Hermannstr. 34b, 18055 Rostock

8.7. (Sa), 10.00 Uhr:

Führung „**Unterwegs im Stasi-Revier**“, Veranstaltung d. BStU; Ort: Ehemalige Stasi-Zentrale, Treffpunkt Haus 22, Ruschestr. 103, 10365 Berlin; Anmeldung unter (030) 23 24-66 99, Fax (030) 23 24-66 19 oder E-Mail archivfuehrungen@bstu.bund.de

11.7. (Di), 18.00 Uhr:

„**Das sowjetische Experiment**. Zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution in neuen Collagen aus zeitgenössischem und historischem Bild- und Textmaterial“, Ivan Kulnev, Bildender Künstler und Historiker aus Berlin, eröffnet seine Ausstellung; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

12.7. (Mi), 18.15 Uhr:

Kolloquium „**Die Politik der Erinnerung und des Vergessens in Namibia**“. Umgang mit schweren Menschenrechtsverletzungen der Ära des bewaffneten Befreiungskampfes (1966–1989), Ref. Dr. Justine Hunter, Frankfurt a.M.; Veranstaltung d. BStU; Ort: BStU, Besucherraum/Foyer, Haus 31, Erdgeschoß, Karl-Liebknecht-Str. 31/33, 10178 Berlin

25.7. (Di), 18.00 Uhr:

„**Frauen in der DDR**“, Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, stellt ihr Buch vor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

25.7. (Di), 18.00 Uhr:

Päckchen von drüben. Ost- und Westpakete im Spiegel der Stasi-Akten; Veranstaltung d. BStU; Ort: Ehemalige Stasi-Zentrale, Haus 22, Ruschestr. 103, 10365 Berlin

8.8. (Di), 18.00 Uhr:

„**Die Macht der Erinnerung**“, Dokumentarfilm über die Gedenkstätte Perm 36, 45 Minuten, gezeigt von Regisseurin Kerstin Nickig; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

Mit einer ausführlichen Darstellung der Politik in der Zeit direkt nach dem Zweiten Weltkrieg füllt der promovierte Historiker Michael Richter eine Lücke, denn dieser Bereich wurde bisher nicht in solcher Breite wissenschaftlich untersucht. Obwohl die Sorben in Deutschland eine Minderheit sind, haben sie mit der Domowina eine eigene Vertretung und in Bautzen ein wissenschaftliches Institut. Durch die sprachliche Nähe zu östlichen Völkern gab es mehrfach Bestrebungen, sich politisch weg von Deutschland zu ori-



.....
Michael Richter:
*Deutsche Parteien
in der sorbischen
Oberlausitz 1945-
1953, Domowina
Verlag 2017,
684 S., 34,90 €*
.....

entieren. Mit diktatorischer Härte wurde dies vor allem von der KPD/SED unterbunden, zeitweise gab es sogar antisorbische Versammlungen der Kommunisten. Auch Vergewaltigungen und Plünderungen fanden in der Oberlausitz statt, denen ebenfalls Sorbinnen und Sorben zum Opfer fielen.

Schon 1946 gelang es KPD und SED, die Eigenständigkeit der Sorben weitgehend zu verhindern. Spätestens nach dem 17. Juni 1953 war auch die Domowina in die SED-Diktatur eingebunden und mußte eine eigene politische Linie aufgeben.

Sehr dicht und präzise zeichnet der Autor diese Entwicklung nach, wobei er in einem weit verstreuten Archivbestand in den ehemaligen deutschen Ostgebieten sowie an verschiedenen Orten Deutschlands forschen mußte. Dem Buch ist ein ausgezeichnete Anhang beigelegt, mit einer Übersicht über politisch wichtige Personen, Namensverzeichnis und Ortsverzeichnis, was beim schnellen Suchen sehr hilfreich ist.

Obwohl es sich um eine wissenschaftliche Publikation handelt, kann sie wegen guter Lesbarkeit und Übersichtlichkeit auch dem Laien empfohlen werden. Ein gelungenes Standardwerk zu dieser speziellen Thematik, welches sicher den Forschungsstand auf lange Zeit bestimmen wird.

Anton Odenthal

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Juli und August Geburtstag haben

Siegfried Raßbach am 1. Juli, Evelyn Trunschke-Krüger am 4. Juli, Asnath Bogasch, Werner Jahn, Michael Teltz am 5. Juli, Lotte Ohnezeit am 8. Juli, Theo Mitterup am 14. Juli, Irene Gobereit am 17. Juli, Christel Hofmann am 19. Juli, Sigrid Lorenz am 20. Juli, Chris Milcke am 21. Juli, Helmut Kuhn, Monika Munski am 24. Juli, Jürgen Kurt Wenzel am 25. Juli, Ute Gorge-Waterstraat am 26. Juli, Hans-Joachim Wolf am 28. Juli, Hans-Joachim Schafft am 1. August, Thomas Drobisch am 3. August, Gretel Staschek am 4. August, Ekkehard Schultz am 7. August, Olaf Burow, Jürgen Klandt, Alfred Ullmann am 8. August, Rudolf Böhm, Volker Pilz am 10. August, Waldemar Moritz am 12. August, Wolfgang Göllnitz am 15. August, Horst Schüler am 16. August, Holger Buge am 17. August, Erika Ryssel am 25. August

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Benjamin Baumgart, Jurist
Mo–Fr, 10.30–12.30 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail baumgart@uokg.de

Carola Schulze, soziale Beratung
Mo–Fr, 14–16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption)
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Di 11–18 Uhr, Mi u. Do 11–16 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Uwe Behne, Dr. Wilfried Boelke, Ursula Brückner, Klaus Buchin, Gerold von Busse, Erna Carbow, Dr. Wolf Erler, Ursula Feustel, Eduard Finger, Stefan Gemeinhardt, Werner Grose, Wilfried Härtel, Dieter Henning, Peter Henzel, Wolfgang Hirth, Lutz Jünemann, Werner Keller, Freya Klier, Wolf-Achim Krasting, Werner Lahmann, Norbert Langer, Günther Latzke, Fritz Leßmüller, Erich Lienhart, Horst Lindemuth, Jürgen Lüderitz, Frank Metzing, Dr. Jürgen Miersch, Werner Mieth, Andreas Möller, Horst u. Sieglinde Opitz, Reinhard Pappai, Bodo Platt, Detlev Putzar, Werner Quitzsch, Eike Christine Radewahn, Rolf Raible, Dieter Rook, Fritz Schüler, Gabriele Seidel, Roland Steinbach, Dr. Heinz Steudel, Michael Striss, Klaus-Joachim Suma, Magda Unger, Karl-Hans Volke, Dieter Weise, Dr. Ursula Wischer, Käthe Zemke, Brigitte Ziegeldorf

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110
Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Der Plural ist wichtig für die Freiheit

Marica Bodrožić

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr
BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Vorstandsbeauftragter: Dr. Christian Fuchs
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33HAN

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt., Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt
13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG  Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnenstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 8. Juni 2017

